

# PROPAGANDA GEGEN JUGEND- VERBÄNDE



**24**  
**Stunden**  
**sind kein Tag**



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**

# INHALT

*24 Stunden sind kein Tag*

## PROPAGANDA GEGEN JUGENDVERBÄNDE

HEFT 48

### THEORIE

Argumentieren gegen Rechts?	4
Klassische Argumentationsmuster der Neuen Rechten und mögliche Gegenargumente	7
Warum wir nicht neutral sein müssen – eine Kritik am „Neutralitätsgebot“	15
Ideologische Aufstandsbekämpfung? – eine Kritik am „Beutelsbacher Konsens“	19

### PRAXIS

Strategien zum Umgang mit rechten Kommunikationsangriffen	28
Rechte machen Stimmung gegen die Falken – und jetzt?	32
Wie reagieren wir als Vorstand auf kleine Anfragen der AfD?	35

LITERATURVERZEICHNIS	38
----------------------	----



Unser Demo-Transparent zum 30. Jahrestag  
des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen

© Bilderwerk Rostock

# Erinnern heißt verändern.



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**

## LIEBE GENOSS\*INNEN, LIEBE LESER\*INNEN,

Vielleicht habt ihr es in eurer Gliederung schon selbst einmal erlebt, vielleicht bekommt ihr es auch aus den Nachrichten mit: Immer wieder wird unser Verband das Ziel von Angriffen unserer politischen Gegner. Das ist erst einmal nicht überraschend und an sich auch gut so: Wir stehen als Sozialist\*innen offen für unsere Positionen ein, verstecken uns nicht und kämpfen für unsere Vision einer sozialistischen Gesellschaft – dementsprechend sind wir mit mehr oder weniger mächtigen Gegnern konfrontiert.

Auch wenn die Aushandlung unserer politischen Positionen zu unserer alltäglichen Arbeit im Verband dazu gehört, so ist doch in manchen Fällen ein strategisches Handeln gefordert – gerade, weil unsere Gegner strategisch handeln. Der Anlass zur Arbeit an dieser *24 Stunden sind kein Tag* waren dabei zunächst die Aussagen vor allem der AfD in diversen Kommunal- und Landesparlamenten, die darauf abzielten, unsere Strukturen, aber oft auch andere linke oder einfach selbstorganisierte Jugendstrukturen auszuspähen, zu delegitimieren und zu bekämpfen. Wir verstehen diese Strategie als Teil eines weitreichenden Kampfes der AfD gegen zivilgesellschaftliche Strukturen aller Art, deren Existenz und Ausbau im Widerspruch zum neoliberalen und reaktionären Gesellschaftsbild der AfD steht. Da wir uns normalerweise in unserem Verbandsalltag mit ganz anderen Themen beschäftigen, kann eine kleine Anfrage oder ein öffentliches Statement gegen uns schnell zu Unsicherheit führen, wo eigentlich kein Grund zur Sorge besteht. Euch in den Gliederungen etwas an die Hand zu geben, was Sicherheit, Überblick und Hilfe bietet, das ist unser Anliegen mit dieser Broschüre.

Seit der ersten Idee zum Schreiben dieser *24 Stunden*-Ausgabe hat sich die gesellschaftliche Lage massiv verändert. Nicht nur die AfD, sondern auch andere liberale, konservative und rechte Organisationen greifen gezielt selbstorganisierte, politische Jugendarbeit an. Zwar sind wir Falken immer noch die prominenteste und wehrhafteste Organisation, die ins Fadenkreuz gerät – aber wir sind längst nicht mehr das einzige Ziel solcher Angriffe. Dieser Entwicklung müssen wir als Jugendverbände allgemein stellen und insbesondere wir als Falken müssen dem unsererseits eine eigene Strategie entgegensetzen.

Der Inhalt dieser Broschüre ist daher weiter gefasst. Sie soll eine Handreichung bieten, um die wichtigsten Argumente und Parolen gegen selbstorganisierte, sozialistische Jugendarbeit zu entkräften:

## AUFBAU DER AUSGABE

**ABSCHNITT I** In Abschnitt I sind typische Argumentationsstrategien von Rechts aufgelistet, die wir entlang von drei Vorwürfen exemplarisch beleuchten. Diesen Abschnitt könnt ihr nutzen, um eventuelle Vorwürfe gegen Euch oder Eure Verbündeten schnell einzuordnen und zu entscheiden, ob – und wenn ja, wie – ihr dagegen vorgehen wollt. Das 2. Kapitel beinhaltet außerdem eine Auseinandersetzung mit zwei Begriffen bzw. Konzepten, auf die sich in der politischen Debatte mit uns oft berufen wird – nicht nur von Rechts, sondern auch von bürgerlich-liberaler und staatlicher Seite: Der Forderung nach »(Wert-)Neutralität« und nach Konformität mit dem so genannten »Beutelsbacher Konsens«, der unsere sozialistische Pädagogik angeblich nie genüge. Eine Auseinandersetzung mit diesen beiden Punkten ist auch über die unmittelbare Abwehr von rechten Angriffen sehr sinnvoll.

**ABSCHNITT II** In diesem Abschnitt schauen wir uns schließlich die Praxis genauer an: Wann und auf welche Art und Weise ist es sinnvoll, öffentlich Stellung zu beziehen und Argumente anzubringen? Wie bleiben wir auch in »Shitstorms« handlungsfähig und wehren uns gegen Kürzungsversuche oder Bedrohungen? Und wie sehen Pressemitteilungen, Social Media-Richtlinien oder konkrete Arbeitsabläufe in einer Gliederung ganz konkret aus?

Wir wünschen euch viel Erfolg in den anstehenden politischen Auseinandersetzungen, immer einen kühlen Kopf, Kreativität und Mut gegen jeden Angriff von Rechts – sowie solidarische Verbündete und tatkräftige Genoss\*innen im gemeinsamen Kampf für den Sozialismus!

### Freundschaft!

Eure Redaktion der Broschüre

»Propaganda gegen Jugendverbände«

# THEORIE

## ARGUMENTIEREN GEGEN RECHTS?

*Christoph Hövel*

Bildungsreferent im Salvador-Allende-Haus,  
Sozialistisches Bildungszentrum



© SJZ – Die Falken

## Unsere Solidarität gegen ihren Terror

Allein mit der besten Argumentation der Welt wird es uns nicht gelingen, überzeugte Rechte von ihrer menschenverachtenden Position abzubringen. Deshalb muss es unsere Strategie sein, sie gesellschaftlich von Machtpositionen fernzuhalten, in denen sie über die Mittel verfügen, um ihre mörderische Ideologie in die Tat umzusetzen. Dafür aber sind gute und gelungene Argumente entscheidend, die andere Zuhörer\*innen der Debatte bestenfalls von einer sozialistischen Position überzeugen, mindestens aber die rechte Ideologie ihrer unhaltbaren Menschenfeindlichkeit überführen. Zwar sind direkte und positive Bezüge auf den Nationalsozialismus und dessen Ideologie noch immer weitestgehend tabuisiert, doch tritt die Menschenfeindlichkeit der extremen Rechten immer ungenierter zu Tage – dafür ist insbesondere auch die AfD, als parlamentarischer Arm der Neuen Rechten, mitverantwortlich. Diese gefährliche Entwicklung ist als Ergebnis der erfolgreichen Diskursverschiebung nach rechts sowie der ungebrochenen, tödlichen Kontinuität des Rechtsterrorismus seit 1945 zu verstehen, die in Deutschland gegenwärtig die Qualität eines »extrem rechten (Alltags-)Terrors« (Schedler 2019: 107; Quent 2016, Salzborn 2016) annimmt – der Mord an Walter Lübcke 2019 und die rechtsterroristischen Anschläge 2019 in Halle und 2020 in Hanau sind nur die lautesten, medial wahrnehmbaren Ausläufer dieses Gewaltpotentials. Da (noch) nicht offen mit nationalsozialistischem oder extrem rechtem Gedankengut gegen uns argumentiert werden kann, erfolgen die Angriffe meist auch in der Gestalt, dass sich (neu-)rechte

Akteur\*innen in irgendeiner Form als »Mitte der Gesellschaft« darstellen. Als Falken werden wir darum meist mit Falschbehauptungen und durch antikommunistische Zerrbilder unserer Arbeit ideologisch bekämpft, die fester Bestandteil der bürgerlichen Ordnung sind.

Wenn ihr euch entscheidet, den Rechten argumentativ zu begegnen, dann liefert das nachfolgende Kapitel die Grundlage für das Verständnis konkreter Argumentationsmuster mit denen wir als Verband wiederholt konfrontiert werden. Falken werden demnach entweder als »stalinistisch« (S. 7), als »linksextrem« (S. 11) und/oder als Teil des »sozialdemokratischen Filzes« (S. 13) diffamiert. Unserer Auseinandersetzung mit diesen Mustern und möglichen Gegenstrategien liegt die Idee zu Grunde, dass Argumente keine Bausteine sind, die beliebig aufeinandergestapelt werden können und immer demselben Zweck dienen. Vielmehr sind Argumente immer schon Bestandteil einer größeren Idee, die mit anderen Gedanken zusammenhängen und deren Sinn bedingen. Die hier vorgeschlagenen Argumente und Argumentationsstrategien wollen wir als Skizze oder Vorlage verstanden wissen; sie können aber keine Auseinandersetzung mit dem konkreten Angriff ersetzen.

Ohne Kenntnis der Zusammenhänge oder dem Kontext von Argumenten hilft es nicht weit, einfach blind irgendwelche Er widerungen gegen etwas Schlechtes in den Äther zu schießen. Sonst droht, dass wie aus der Pistole geschossen ein Gegenargument folgt, das dem Schlechten das Wort redet. Im schlimmsten Fall bietet man den Rechten dadurch noch mehr Angriffsfläche und eine Steilvorlage zur Selbstinszenierung. Gelingt aber eine gute Reaktion auf den Angriff, kann auch das Gegenteil das Ergebnis sein: Wir können uns gegenüber den demokratischen Kräften als souveräne Kritiker\*innen der Rechten profilieren und die eigenen Positionen sogar noch stärken. Damit das gelingt, bedarf es einer Gegenargumentation, die sich ihres Publikums, ihres Gegners und ihr Zielsetzung sehr bewusst ist. Beispiele aus der Praxis (S. 28) und insbesondere Strategien für eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit findet ihr am Ende der Broschüre.

## WIE SIND POLITISCHE ANGRIFFE VON RECHTS EINZUSCHÄTZEN?

Die politischen Angriffe der Rechten dienen nicht der ehrlichen Diskussion, sondern der Verunsicherung, Delegitimierung und sollen nachhaltig linke und demokratische Strukturen sowie unsere politische Stellung in der Gesellschaft schwächen. Dabei ist es wesentlich, sich nicht in die Defensive drängen zu lassen. Anstatt einfach

nur auf den Angriff zu *reagieren*, ist es wichtig eigene Kritik und Standpunkte sachlich in die Er widerung aufzunehmen und uns selbstbewusst zur Wehr zu setzen. Wird beispielsweise der Vorwurf erhoben, man sei ein Verband verkappter Stalinist\*innen, reicht – sofern hier überhaupt eine Er widerung sinnvoll ist – eine einfache Stellungnahme nicht aus, dass dies nicht der Fall sei. Schlimmstenfalls entsteht so der Eindruck, man fühle sich ertappt und versuche nun, durch öffentliche Distanzierung einen möglichen Schaden abzuwenden. Eine differenzierte und gleichzeitig verständliche Stellungnahme, welche die eigenen Positionen bewusst und klar herausstellt, macht die Absurdität des Angriffs deutlich und erlaubt es zugleich, unsere eigene Gesellschaftskritik zu artikulieren. Der Angriff kann von uns so als Gegenangriff genutzt werden, indem wir den Rechten in differenzierter Weise die Platttheit ihrer Kritik nachweisen.

Es ist wichtig, die verbalen Angriffe rechter Gruppierungen und Personen auf ihren tatsächlichen Gehalt hin zu analysieren und diesen dann gezielt zu kritisieren, anstatt ihre Position einfach nur als »rechts« und damit als »falsch« zu markieren. Erst durch eine kritische Beschäftigung mit der rechten Ideologie lassen sich ihre Widersprüche klar herausstellen. Bei einer Analyse der rechten Angriffe kann es – und wird es wahrscheinlich auch oft – das Ergebnis sein, dass der Angriff selbst keiner rationalen Kritik würdig ist. In diesem Zusammenhang sollte aber die Irrationalität der Gegenposition klar und deutlich aufgezeigt werden. Gerade bei öffentlichen Er widerungen muss der Öffentlichkeit der rassistische oder antidemokratische Gehalt bestimmter Aussagen argumentativ klar aufgezeigt werden. Es gilt die dahinterstehende Ideologie und die intendierten Konsequenzen in aller Deutlichkeit aufzuzeigen, anstatt darauf zu vertrauen, dass andere es auch so sehen.

**Es wichtig eigene Kritik und Standpunkte sachlich in Er widerung aufzunehmen und sich selbstbewusst zur Wehr zu setzen.**

## GRUNDLEGENDE: WARUM »LINKS« NICHT GLEICH »RECHTS« IST

Die Besonderheit der argumentativen Auseinandersetzung zwischen uns und den Rechten ergibt sich aus der Tatsache, dass wir die kapitalistische Gesellschaft tatsächlich grundlegend kritisieren und das als gutes Recht herausnehmen. Die rechten Feinde der bürgerlichen Demokratie können diese Konstellation nutzen, um sich uns gegenüber als »Verteidiger der Demokratie« zu maskieren und/oder unsere kritische Position zur Gesellschaft zu delegitimieren. Die Aufgabe für uns besteht also in jeder Argumentation darin, den menschen- und demokratiefeindlichen Gehalt der rechten Ideologie herauszustellen sowie deren Zusammenhang mit der bürgerlichen Herrschaft zu bestimmen, ohne dabei in der Defensive zu geraten und die eigenen kritischen Positionen aufzugeben oder aufzuweichen. Andernfalls haben die Angriffe zumindest darin Erfolg, dass unsere emanzipatorischen Positionen als sozialistischer Kinder- und Jugendverband abgeschwächt und versteckt werden – dies mag uns zwar kurzfristig vor Anfeindungen und Repressionen schützen, aber langfristig geben wir so unser Profil (und den Grund, sich bei uns zu organisieren) auf. Es gilt also im besten Fall zweierlei zu bewerkstelligen: 1. Gegenüber den bürgerlichen Apologet\*innen der extremen und neuen Rechten als konsequenteste Kritiker\*innen auftreten sowie 2. in unseren Positionierungen und Analysen das Aufkommen faschistischer und menschenverachtender Ideologien immer wieder mit der herrschenden Gesellschaftsform zu verknüpfen, welche die rechten Ideologien überhaupt erst hervorbringt.

Damit diese beiden Vorhaben gelingen, müssen wir die Diskussion immer konkret um den Gegenstand unserer Kritik führen. Ein entscheidender Unterschied zwischen der Linken und Rechten ist dabei die grundsätzlich emanzipatorische Ausrichtung unserer Kritik. Rechte hingegen wollen entweder die Welt so lassen, wie sie gerade ist oder aber eine Gesellschaft, in der Herrschaft noch direkter und brutaler ausgeübt wird. Linke Kritik zielt immer auch auf die potentielle Selbstreflexion der Gesellschaft, deren Teil sie ist. Wir kritisieren die kapitalistischen Verhältnisse in denen die Menschen leben müssen und weisen so nach, dass die Bedingungen unseres Lebens, die wir alle tagtäglich vorfinden, keinesfalls »natürlich« oder aus freien Stücken von uns gewählt wurden. Rechte »Kritik« dagegen betrachtet alle Probleme immer als externe Probleme. Sie naturalisiert dabei die vorherrschende oder eine vergangene gesellschaftliche Ordnung. Alles was schlecht läuft kommt in diesem Weltbild durch als »verkommen« gebrandmarkte Individuen in die Welt

und niemals aus der schlechten Einrichtung dieser Welt. Anders als bürgerlichen Erwidern auf die extreme Rechte geht es uns als Sozialist\*innen nicht einfach nur darum, »Recht zu haben« oder auf den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« zu vertrauen und ansonsten alles so zu belassen wie es ist. Unsere Kritik darf bei aller Radikalität nicht nur theoretisch bleiben; ganz im Gegenteil: Sie zielt auf die grundlegende Überwindung der herrschenden Verhältnisse sowie die dafür notwendige, kollektive Organisation zur Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.



### LITERATUR

Quent, Matthias (2016): **Bürgerwehren. Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?** Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung

Salzborn, Samuel (2016): **Von der Ideologie der Ungleichheit zum praktizierten Rechtsterrorismus.** Zur Systematik und Genese des militanzaffinen Rechtsextremismus in Deutschland. In: Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz. Wallstein: Göttingen, S. 187–204.

Schedler, Jan (2019): **Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung.** In: Institut für Zivilgesellschaft und Demokratie (Hrsg.): Schwerpunkt: Rechtsterrorismus, Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie (06-2019), S. 104–117.

# KLASSISCHE ARGUMENTATIONS-MUSTER DER NEUEN RECHTEN UND MÖGLICHE GEGEN-ARGUMENTE

Christoph Hövel

Bildungsreferent im Salvador-Allende-Haus,  
Sozialistisches Bildungszentrum



**Erinnerung!  
Gerechtigkeit  
Aufklärung!  
Konsequenzen!**

## DER »STALINISMUS«-VORWURF

Zur Delegitimierung unserer Arbeit wird die Sozialistische Jugend in Verbindung mit dem Stalinismus oder einer anderen Form von Diktatur gebracht. Die Verbindung von Sozialismus und Stalinismus zielt gerade für die bürgerliche Öffentlichkeit immer auf die im kulturellen Gedächtnis unserer Gesellschaft verbreitete Vorstellung eines unfreien und relativ rückständigen Staates »im Osten«. Eine Antwort muss daher diese impliziten Behauptungen explizit machen und herausstellen, was mit dem Vorwurf gemeint und was daran falsch ist. Dabei ist wichtig zu beachten, dass das Wort »Stalinismus« in den wenigstens Fällen wirklich fallen muss. Oft reicht dafür die Verwendung bestimmter Versatzstücke aus, um einen in weiten Teilen der Bevölkerung verbreiteten Antikommunismus zu reaktivieren und die verbreitete Verknüpfung von Sozialismus mit stalinistischen Klischees zu propagieren. Konkret werden meist die folgenden drei Aspekte besonders hervorgehoben:

**A Demokratiefeindlichkeit:** Wird »Stalinismus« als Vorwurf gegen uns gebraucht, soll damit eine demokratiefeindliche Haltung benannt werden. Der Vorwurf lautet dann beispielsweise, dass man »Tugendterror« befürworte und den Menschen von oben herab moralische Ideen aufzwingen wolle.

**B Technikfeindlichkeit/Rückschrittlichkeit:** Die ehemaligen Staaten der Sowjetunion gelten als rückschrittliche und mit veralteter Technik wirtschaftende Staatsgebilde, die dem Kapitalismus des »freien Westens« produktiv weit unterlegen waren. Schuld daran seien Missmanagement und Dysfunktionalität der Wirtschaft aufgrund einer ausufernden Bürokratie, weswegen die »Ostblockstaaten« bis heute mit einem allumfassenden Mangel assoziiert werden. Der Vorwurf gegen uns lautet hier, dass wir als Sozialist\*innen den Wohlstand der Menschen beschneiden wollen. Wären wir an der Macht, könnten wir nur mit Ach und Krach eine minderwertige Versorgung der Bevölkerung sicherstellen und der Lebensstandard würde massiv sinken.

**C Verschwörung:** Im kulturellen Gedächtnis moderner, westlicher Gesellschaften findet sich überdies immer noch die Vorstellung von einer sozialistischen Verschwörung, welche die Gesellschaft von innen destabilisiert und nur auf die Gelegenheit wartet, in Krisensituationen durch »Verführung der Massen« die Macht zu ergreifen, um »den Sozialismus auszurufen«. Auch darauf spielt die Bezeichnung als »Stalinist\*innen« an.

**Ein wesentlicher Aspekt unserer Auffassung vom Sozialismus ist die *Demokratisierung* der Wirtschaft.**

**Zum Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit**

## Mögliche Gegenargumente

Im Folgenden werden Argumente gegen die drei Aspekte des Vorwurfs skizziert. Dabei wird jeweils die gesellschaftskritische sozialistische Perspektive betont. Insbesondere gegen den Vorwurf des Stalinismus hilft dabei kein defensives Verhalten, da er inhaltlich so falsch ist, dass jede Rechtfertigung schon zu viel Anerkennung für den Angriff bedeutet. Es gilt unversöhnlich diese Falschheit zu benennen.

**Zum Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit:** Der Vorwurf des »Stalinismus« zielt auf das Bild eines diktatorischen, Staates ohne individuelle Freiheit oder kollektive Mitbestimmungsrechte ab – uns Falken wird unterstellt, genau diesen Zustand herbeiführen zu wollen. Tatsächlich stehen wir als Sozialist\*innen im Gegenteil für eine *demokratische* Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit, Sicherheit und Würde leben sowie in die sie unmittelbar betreffenden Belange und Entscheidungen eingreifen können. Ein wesentlicher Aspekt unserer Auffassung vom Sozialismus ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Statt den Großteil unseres Lebens von Kapitalist\*innen und ökonomischen (Sach-)Zwängen der Kapitalakkumulation bestimmt zu sehen, wollen wir die demokratische Kontrolle der Wirtschaft sowie ihre rationale Einrichtung und kollektive Planung, um unser aller Bedürfnisse zu befriedigen – damit niemand mehr an Hunger, Armut, Obdachlosigkeit oder Krankheit sterben muss. Wie diese Kontrolle konkret aussehen kann, darüber diskutieren wir. Klar ist aber, dass unser Anliegen eines der vollumfänglichen Demokratisierung der Gesellschaft in all ihren Sphären ist.

Der Vorwurf, gegen individuelle Freiheit zu sein, hängt damit zusammen, dass die extreme Rechte in der stalinistischen Sowjetunion ein »Völkergefängnis« sieht, indem verschiedene Ethnien zwangsweise im gleichen Staat leben mussten, während eigentlich jede Nation/Ethnie ihren eigenen Staat haben sollte – die Rechten sprechen lieber von »Volk«. An der stalinistischen Sowjetunion gibt es zwar aus unserer Verbandsperspektive genügend zu kritisieren, aber für die Rechten steht der vermeintliche oder tatsächliche »Multikulturalismus« der Sowjetunion zentral in der Kritik – ein für uns vielleicht erst mal absurd anmutender Gedanke. Wenn Rechte davon reden, dass aus Deutschland ein stalinistischer Staat werde (auf welchem Wege auch immer), dann meinen sie damit nicht zuletzt die vermeintliche »Unterdrückung *der* deutschen Kultur«. Unser Sozialismus kritisiert tatsächlich sowohl Aspekte der deutschen Dominanzkultur, als auch das angeblich nicht zu hinterfragende Prinzip, wonach Staat und Kultur untrennbar und exklusiv zusammengehören. Damit nehmen wir eine entschiedene Gegenposition zum neurechten »Ethno-



pluralismus« ein. Dieser Ideologie zufolge existieren verschiedene Völker, die sich wesentlich voneinander unterscheiden sollen und die sich folglich in separaten Staaten organisieren (IDZ 2017). Anstatt von »Rasse« wird mittlerweile lieber von »Kultur« gesprochen – ein Phänomen, das sich als »Rassismus ohne Rassen« analysieren lässt (Balibar 1992: 28). Beides dient letztlich der Einteilung von Menschen und »Kulturräumen«, die nach einem Prinzip identifiziert werden, dem sie letztlich auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Der eigenen Kultur könne niemand entfliehen. Kultur sei demnach weiterhin an eine bestimmte geographische Lage gebunden. Im ethnopluralistischen Weltbild werden die Menschen nach Kulturen in verschiedene Länder separiert. Dabei wird ignoriert, dass es keine homogenen oder historisch gleichbleibenden Kulturen gibt. Kulturen haben sich immer gegenseitig beeinflusst und geschichtlich radikal verändert. Existieren dem Ethnopluralismus zufolge Kulturen, die den Menschen ihre Identität geben, bedeutet das umgekehrt, dass die Menschen sich den jeweils vorherrschenden Kulturen anzupassen haben. Kulturen und kulturelle Vielfalt können bereichern, werden aber kulturelle Formen unkritisch als Dogmen hochgehalten, können sie Unfreiheit und Unterdrückung bedeuten. Als Sozialist\*innen stehen wir gegen jegliche kulturelle, religiöse oder nationale Zwangsverhältnisse, in denen »der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1:385). Insofern trifft der Vorwurf der Rechten zu. Wir sind gegen ihren Ethnopluralismus, gegen die (räumliche) Trennung der Menschheit in wesentlich zu unterscheidende Völker sowie gegen die daraus folgende Hierarchisierung als höher- und minderwertig. Wir stehen für die demokratische Freiheit der Individuen, sich gegen dogmatisch hinzunehmende kulturelle Vorgaben zu wenden.

**Zum Vorwurf der Technikfeindlichkeit:** Mit diesem Vorwurf wird auf Bilder der technischen Rückständigkeit und des Mangels angespielt, während sich Rechte und Bürgerliche beide als Freunde des (technischen) Fortschritts inszenieren können. Als Sozialist\*innen stehen wir Technik an sich nicht ablehnend gegenüber, betrachten sie aber weder als »neutral«, noch hängen wir einem »blinden Fortschrittsoptimismus« an. Der technische Inhalt ist in seiner sozialen Form zu betrachten, d. h. wir wissen, dass Technik in dieser Gesellschaft zu einem bestimmten Zweck eingesetzt wird bzw. dass bestimmte technische Errungenschaften erst unter bestimmten Produktionsverhältnissen einer Gesellschaft möglich wurden. Die Entwicklung und der Einsatz von Technik müssen sich unter kapitalistischen Produktionsbedingungen lohnen: Es muss dem Profit dienen. Kritik an »der Technik« ist daher aus sozialistischer Perspektive eine Kritik

an Techniken, die nicht den Menschen, sondern den Profitinteressen des Kapitals dienen. Technik im Kapitalismus kann sinnvoll sein, sie befriedigt allerdings – wie alles hier – die Bedürfnisse der Menschen nur nebenbei. Dient es dem Profit, werden auch jene Techniken eingeführt und beworben, die letztlich schädlich sind oder/und den Menschen, die sie verwenden, nicht helfen. Technik muss daher immer als Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden, unter denen sie eingesetzt wird. Eine Technik, die wirklich den Menschen dient, ist daher im vollen Umfang nur möglich in gesellschaftlichen Verhältnissen, die Resultat der bewussten Verhaltensweisen aller in ihnen organisierten Menschen sind. Auch hier ist also wahr, dass wir einem naiven Verständnis von »technischem Fortschritt« kritisch gegenüberstehen. Als Sozialist\*innen streben wir eine Gesellschaft an, in der die technischen Möglichkeiten zur nachhaltigen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse eingesetzt werden – nicht für ein von allen rationalen Zwecken entkleidetes und nur dem Profitstreben unterworfenen »Höher, Schneller, Weiter!«, das ignorant gegenüber den Konsequenzen des technischen Fortschritts ist.

**Zum Vorwurf der Verschwörung:** Der verschwörungsideologische Aspekt des »Stalinismus«-Vorwurfs spielt auf die vermeintliche Unterwanderung gesellschaftlicher Institutionen durch mächtige, linke Funktionär\*innen an, die sich gesellschaftliche Krisen- oder Umbruchsituationen bewusst zunutze machen, um an die Macht zu gelangen bzw. ihren Einfluss ausüben, um die Machtübernahme vorzubereiten. In der rechten Ideologie kommt alles Schlechte immer von außen.

Das betrifft auch Entwicklungen, die zunächst positiv für die sie betreffenden Menschen sind, wie Frauenemanzipation und generell das Erkämpfen bestimmter Rechte durch und für marginalisierte Gruppen. Solche über Jahrhunderte erkämpften Rechte sind einer rechten und konservativen Ideologie aber grundlegend zuwider, da sie einer vermeintlich natürlichen, guten oder gottgewollten Ordnung widersprechen. Für die extreme Rechte und sehr Konservative sind feministische Forderungen und das Eintreten von Minderheiten für ihre Belange etwas, das sich der Mehrheit unterzuordnen hat. Können Minderheiten letztlich ihre Forderungen durchsetzen und beginnt ein langsamer Wandel in der Gesellschaft, wird dies von Rechten als Verschwörung gegen die Ordnung interpretiert. In der bei vielen Vertreter\*innen der äußersten Rechten verbreiteten Verschwörungsideologie des »Großen Austauschs« (Bildungsstätte Anne Frank 2022b) wird der Kampf um Minderheitenrechte von Frauen und der LGBTQIA+-Bewegung als Resultat einer weltweiten Verschwörung angesehen, die damit die

Vermehrung »der Europäer\*innen« verhindern solle, um die »einheimische Bevölkerung« durch »Muslim\*innen« zu ersetzen. Bezeichnend ist dabei, dass in rassistischer Manier einerseits eine einheimische Bevölkerung der Europäer\*innen konstruiert wird (meist über die gemeinsame und spezifische Kultur, die von anderen Kulturen radikal abgegrenzt wird), andererseits damit impliziert wird, Muslim\*innen seien keine Europäer\*innen bzw. beides schliesse sich wechselseitig aus. Die so konstruierte Verschwörungsideologie vom »Großen Austausch« beinhaltet als ein wesentliches Merkmal auch die Behauptung, der Feminismus und die Kämpfe um Minderheitenrechte seien insgesamt durch »den Sozialismus« beeinflusst – zunehmend erfreut sich das Phantasma eines »Kulturmarxismus« auch in Deutschland größerer Beliebtheit bei Rechten wie auch unter Liberalen, denn letztere favorisieren zahnlose Antidiskriminierung und Diversity, anstatt an die Wurzel gesellschaftlicher Ungleichheit zu gehen. Emanzipationsbestrebungen werden somit nicht als berechtigtes Aufbegehren gegen eine bedrückende und verletzende Ordnung betrachtet, sondern als Resultat heimtückischer Manipulation der Massen – sodass Veränderungen gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse unterschiedslos als »fake« abgetan werden können. Sozialismus gilt entsprechend als eine Politik der Unordnung, die letztlich den Interessen der vermeintlichen geheimen Eliten dient.

Ein kritischer Austausch mit den Anhänger\*innen dieser verschwörungsideologischen Vorstellung ist allerdings unmöglich, denn aus ihrer Sicht bestätigt jede Kritik nur die eigenen Voraussetzungen. Auf diesen Aspekt ist nur dann zu reagieren, wenn er explizit angesprochen wird. Eine geeignete Reaktion ist die Darstellung der Absurdität dieser Verschwörungsideologie. So wird behauptet, es gäbe eine »natürliche Ordnung«, in der die Menschen richtig leben würden. Damit wird die überkommene Gesellschaftsordnung – sei es der herrschende Kapitalismus oder das Patriarchat – verfestigt und als unwandelbar dargestellt, obgleich sich sowohl die Gesellschaft selbst als auch konservative und rechte Positionen konstant wandeln. Positionen zu Familie und Ehe, die vor Jahren noch von streng konservativer Seite vertreten wurden, werden heute nur noch von wenigen und zu meist nicht öffentlich behauptet. Die Vorstellungen, was als »natürliche Ordnung« der Gesellschaft gilt, wandeln sich mit den jeweiligen Gesellschaften, deren herrschende Ordnung auch immer das Resultat der emanzipatorischen Kämpfe gegen Unterdrückung ist. Sozialistische Positionen nehmen diese Kämpfe um Emanzipation auf in einem Prozess universeller Befreiung, der eine menschliche Einrichtung sozialer Beziehungen an die Stelle von deren vermeintlich natürlicher Entstehung setzt.



Solidaritätserklärung mit den Genoss\*innen in Lüneburg

*Machen Nazis  
Stress –  
kommt das  
ganze  
Falkennest.*

## DER »EXTREMISMUS«-VORWURF

Bis weit in das Bürgertum hinein ist die Vorstellung in unserer Gesellschaft verbreitet, es existierten politisch eine breite Mitte mit akzeptablen und letztlich mehr oder weniger pro-demokratischen Positionen und jenseits dieser Mitte – rechts und links von ihr – zwei Extreme, die sich gerade durch die Gefährdung der Demokratie auszeichnen. Dieses Modell aus »Mitte« und »Extreme« wird auch »Hufeisenmodell« (Bildungsstätte Anne Frank 2022) genannt, da sich wie bei einem Hufeisen die beiden Enden wieder annähern, also Linke und Rechte gleichzusetzen sind. Die Nähe beider wird meist mit der Ablehnung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« (fdGO) bzw. der angeblichen »Verfassungsfeindlichkeit« beider Lager begründet. Statt entgegengesetzter Extreme wird hier, zumeist sicherheitspolitisch motiviert, eine Nähe betont. Dabei wird zugleich eine neue Unterscheidung hervorgehoben: Von den Extremen grenzt sich eine demokratische Mitte ab. Diese »Mitte« ist im politischen Diskurs der sogenannten »Extremismustheorie« jedoch ein Begriff, der wissenschaftlich höchst umstritten und nirgendwo klar definiert ist.

AfD und Neue Rechte gebrauchen dieses Modell daher in politischen Auseinandersetzungen, weil es eine Positionierung in einer inhaltlich unbestimmten »Mitte« erlaubt und deshalb die eigenen menschenfeindlichen Inhalte keine Rolle spielen. Diese Rechten bemüht das Hufeisenmodell, um nicht im Namen ihrer rechten Ideologie (d.h. aufgrund ihres Antikommunismus, der eine ungebrochene Kontinuität des Nationalsozialismus darstellt), sondern im Namen »der Mitte« gegen Links kämpfen zu können. Kurz gesagt: Etablierte Rechte behaupten, die Linken seien genauso schlimm wie die Rechtsextremen, von denen man sich selbstverständlich auch distanzieren, schließlich sei man für Demokratie und verabscheue Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Hier finden die extreme Rechte und ihre bürgerlichen Apologent\*innen zusammen – Hauptsache gegen »die linke Bedrohung«. Zugleich behaupten die Rechten, es fände eine Unterwanderung der Gesellschaft durch linke Extremist\*innen statt, wodurch die demokratische »Mitte« akut bedroht sei. Von Akteur\*innen, die den öffentlichen Diskurs – die Grenzen des Sagbaren – und die bürgerliche Politik in eine noch nationalistischere und barbarische Richtung drängen, werden die Rechten so zu vermeintlich »neutralen Bewahrer\*innen des Status Quo. Doch: »Neutralität« kann es im Politischen nicht geben. Mit der Behauptung einer vermeintlichen Neutralität werden gesellschaftlich gestaltbare Bereiche dem demokratischen Streit entzogen und progressive Veränderungsimpulsen von vornherein als »extremistisch« diskredi-

tiert. Als Sozialist\*innen stehen wir in krassem Gegensatz zu den gesellschaftlichen (Alp-)Träumen der Rechten. Diese Gegnerschaft machen wir unumwunden deutlich. Gerade hier entlastet das Schwingen der »Extremismuskeule« davon, sich überhaupt mit unseren Positionen auseinandersetzen zu müssen.

### Wer profitiert von der »Extremismustheorie«?

Der Nutzen, den die extreme Rechte aus der Extremismustheorie zieht, ist aber keine bloße Instrumentalisierung. Es ist kein Zufall, dass das »Hufeisenmodell« besonders für rechte Akteure ein beliebter Bezugspunkt ist. Deshalb dürfen wir uns argumentativ grundsätzlich nicht darauf einlassen, innerhalb dieses Modells zu arbeiten. Das Hufeisenmodell als fester Bestandteil der Extremismustheorie kann als ein Modell verstanden werden, das diametral einer Einsicht Adornos (1971: 10) entgegensteht: »Das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie« sei »potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie«. Die autoritären Einstellungsmuster der Rechten entstehen schließlich in der bestehenden demokratischen Ordnung selbst – konkreter: in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Es ist gerade die politische Linke, welche hier gesellschaftliche Selbstreflexion betreibt und kritisch auf die gesellschaftlichen Bedingungen des Autoritarismus hinweist. Gelungene linke Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen begreift zudem auch immer die eigene Verstrickung in diese Verhältnisse. Ihr geht es nicht vorrangig um Schuld, sondern die grundlegende Überwindung jener gesellschaftlichen Zwänge, welche die Menschen ausbeuten, erniedrigen, unterdrücken sowie die vielfältigen Möglichkeiten

**Die Mitte ist nicht zu gewinnen: Wir müssen nicht um die inhaltsleere Identität der Mitte kämpfen, sondern gegen die falschen Identitäten von Extremismus und Mitte!**

ihres Glücks begrenzen. Emanzipatorische Kritik an dieser Gesellschaft kommt nicht von außen, von einem Standpunkt jenseits der Gesellschaft, sondern aus ihr selbst heraus. Rechte »Kritik« hingegen richtet sich immer gegen Individuen, entweder Einzelne – »sozialistische Verschwörer\*innen« und »allmächtige Eliten« – oder zu vermeintlichen Ethnien zusammengefasst »Andere«, »bedrohliche und gefährliche Fremde«. Gesellschaftlich veränderbare Verhältnisse werden von der Rechten insgesamt zu unwandelbarem Schicksal verklärt, spannungsreiche Verhältnisse in starre Identitäten umgedeutet. Diese starren Identitäten bekräftigt geradezu die Extremismuskonzeption. Auch wenn sich in ihr die Extreme berühren, existiert im Modell doch eine klare und eindeutige Abgrenzung »der Mitte« von »den Extremen«. Grundsätzlich wird jene Dynamik ausgeblendet, aus der heraus in dieser Gesellschaft überhaupt Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc. als zu bekämpfende Phänomene entstehen.

### »Die Mitte« ist nicht zu gewinnen

Unsere Antwort darauf darf nicht sein, den Kampf um die inhaltsleere Identität der »Mitte« mitzumachen, sondern die falschen Identitäten von »Extremismus« und »Mitte« selbst zu hinterfragen. Wir müssen auf die Inhalte und den Zweck derjenigen schauen, die weiterhin als überzeugte Verfechter\*innen der »Extremismustheorie« auftreten – sei es die extreme Rechte und ihr parlamentarischer Arm, die bürgerlichen Parteien oder der Staat und seine Sicherheitsbehörden. Hier zeigen sich im Gegensatz zur Extremismustheorie schnell die gewaltigen Unterschiede zwischen unserer Position und der Rechten, aber auch die Verknüpfung von menschenfeindlichen Ideologien mit der vermeintlich demokratisch-neutralen »Mitte« und der herrschenden, bürgerlichen Ordnung.



© PM Cheung

**extrem\_ist\_in**  
**Gegen das sächsische**  
**Demokratieverständnis**  
**und die Kriminalisie-**  
**rung von Antifaschismus**

## DER »SOZIALDEMOKRATISCHE FILZ«-VORWURF

Karl Müller-Bahlke Bundesvorstand, KV Göttingen

Eine Angriffslinie insbesondere der parteipolitischen organisierten Rechten, die weniger auf unsere Inhalte als auf unsere Struktur abzielt, ist die Idee, wir Falken würden in der einen oder anderen Form zu einem in Deutschland existierenden »sozialdemokratischen Filz« gehören. Der Vorwurf lautet grob, dass wir unsere Fördermittel nur aufgrund von Korruption oder Sympathien eines »sozialistischen« bzw. »sozialdemokratischen« Netzwerkes in den Institutionen des Staates oder der Zivilgesellschaft erhalten. Die verschwörungsideologischen Anklänge dieses Vorwurfs sind klar und treten je nach Formulierung mehr oder weniger explizit in den Vordergrund. In seiner offensichtlichsten Form wird eine Verschwörung von Sozialist\*innen im deutschen Staat beklagt, die öffentliche Mittel an die Falken umleiten würden – eine nicht besonders kreative Neuauflage des ›Antikommunismus‹ von Konservativen und Liberalen, die schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik hinter jeder sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung die sozialistische Weltrevolution witterten. Die abgeschwächte (und häufigere) Form beklagt heutzutage lediglich eine Verschwendung von Steuergeldern und deutet die Gründe nur noch an.

### Finanzierungsstrukturen der demokratischen Zivilgesellschaft

Die deutsche Zivilgesellschaft ist stark durch ein Geflecht aus öffentlich (d.h. aus Steuern finanzierten) geförderten Vereinen, Verbänden und Strukturen geprägt, die für Außenstehende oft schwer zu durchschauen sind. Wir selber haben häufig genug mit dem komplexen Geflecht aus öffentlicher Verwendung und Projektförderung zu kämpfen, um alles korrekt nachzuweisen. Die Rechte und allen voran die AfD ist innerhalb dieses Geflechtes sozial und organisatorisch sehr viel schlechter verankert als etwa die beiden (Massen-)Parteien SPD und CDU. Insbesondere in der Landschaft der Jugendverbände ist die extreme Rechte (noch) isoliert.

Mit ihrem Angriff trifft die Rechte also tatsächlich einen wahren Kern: in Deutschland bestehen eine Reihe privater Netzwerke und öffentlicher Förderstrukturen, eine ganze zivilgesellschaftliche Sphäre, zu der sie (bisher) kaum Zugang hat und die sie tendenziell als Gegenspieler\*innen in politischen Auseinandersetzungen erlebt.<sup>1</sup> Wenn etwa AfD-Funktionär\*innen den »Filz« der etablierten Parteien oder zu hohe öffentliche Förderung von (in ihren Augen) politisch unliebsamen Verbänden beklagen, dann geschieht dies auch im Einklang mit einem neoliberalen Gesellschaftsbild, das die Wirtschafts- und

Sozialpolitik rechter Parteien grundsätzlich prägt, wie ein Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung am Beispiel der AfD analysiert (Pühringer/Beyer/Kronberger 2021). Neoliberalismus kann nach einer Definition von Quinn Slobodian (2018) als Abschirmung der Märkte vor der Demokratie verstanden werden. Jede zivilgesellschaftliche Institution jenseits der traditionellen (Klein-)Familie und den repressiven Teilen des Staates gelten im Neoliberalismus daher tendenziell als korrupt oder verschwenderisch – dies gilt besonders für politische unliebsame Formationen der demokratischen Zivilgesellschaft. Stattdessen sollen diese Bereiche der Gesellschaft effizient durch die Konkurrenz des freien Marktes gemanagt werden. Es ist daher nur logisch, dass die (neoliberalen) Rechten nicht nur uns Falken als (vermeintlich) einfachstes Ziel des »sozialdemokratischen Filzes« angreifen, sondern gleich jede Form von öffentlich geförderter Kinder- und Jugendarbeit.<sup>2</sup>

Bei der Verteidigung gegen diese Art von Vorwürfen gegen den Verband oder Forderungen nach Kürzungen des Kinder- und Jugendhilfeplans ist es sinnvoll, sich positiv und selbstbewusst auf die eigene Rolle in der Zivilgesellschaft zu berufen. Denn historisch gesehen ist die Entstehung einer diversen Jugendverbandslandschaft in der westdeutschen Nachkriegszeit auch als direkte Antwort auf die Erfahrung der staatlich kontrollierten Hitlerjugend zu verstehen. Sowohl die öffentliche Förderung als auch die Freiheit der Jugendverbände, eigene Inhalte explizit unabhängig von staatlicher Kontrolle setzen zu können, stellen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft einen extrem hohen Stellenwert dar. Darauf macht es Sinn, sich zu berufen, ebenso wie auf die Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung, die sowohl gegen den deutschen Faschismus kämpfte als auch für Millionen von Arbeiter\*innen soziale Absicherungen und politische Rechte erkämpfte.

<sup>1</sup> Spätestens mit dem flächendeckenden Einzug der AfD in alle Landesparlamente sowie dem wiederholten Einzug in den Bundestag wird sich dieser Zustand aufgrund der staatlichen Parteienfinanzierung nachhaltig ändern, beispielsweise durch finanzielle Förderung für die 2017 gegründete parteinahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung«.

<sup>2</sup> Während sich nicht zuletzt die AfD aufgrund hoher Summen, die sie von bestimmten Kapital-Fraktionen erhält, in der komfortablen Position befindet, wie investigative Recherchen und zahlreiche Gerichtsverfahren zum Parteispendenskandal seit 2017 dokumentieren (CORRECTIV o.J.).

**Dem neoliberalen Rollback widerstehen!**

Zwar wurde seit den 1980er Jahren mit dem massiven Rückbau des Sozialstaates und in der Folge auch vieler zivilgesellschaftlicher Institutionen begonnen (bei gleichzeitigem Ausbau des staatlichen Straf- und Repressionsapparats), doch bis heute sind es gerade diese Strukturen, die ein wesentlicher Garant für ein demokratisches Zusammenleben **sind** – auch im sozialistischen Sinne. Tatsache ist ebenfalls, dass wir eher zu wenig Förderung erhalten, um unserer zivilgesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden. Die Angriffe auf vermeintlich ineffiziente oder verschwenderische Förderung von zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen sind Ausdruck des neoliberalen Programms, das die Zivilgesellschaft dem kapitalistischen Primat der Effizienz unterwerfen und damit, als demokratisches Gegengewicht zum Staat, de facto abschaffen will – dieses Vorhaben trägt nach Jahrzehnten unablässiger Kürzungen leider an vielen Stellen bereits Früchte. Die AfD gehört in diesem Zusammenhang zu den eifrigsten Vorkämpfer\*innen eines solchen Gesellschaftsbildes und ist daher auch für andere Neoliberale über die Parteigrenzen hinweg anschlussfähig. Wenn der Neoliberalismus tatsächlich als Einhegung demokratischer Kontrolle verstanden wird, dann ist unser Kampf um frei verfügbare, nicht staatlich vorbestimmte und umfangreiche Kinder- und Jugendförderung ein Kampf um Demokratie.

**Die demokratische Zivilgesellschaft muss sich sowohl gegen staatliche Bevormundung als auch neoliberale Kürzungsvorhaben von Rechts wehren!**

**LITERATUR**

Adorno, Theodor W. (1971): »Was bedeutet: **Aufarbeitung der Vergangenheit**«, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Helmut Becker 1959 – 1969, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 88 – 104.

Balibar, Étienne (1992): **Gibt es einen »Neo-Rassismus?«**. In: Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument-Verlag, S. 23 – 38.

Bildungsstätte Anne Frank (2022a): **Nach wie vor extrem Unbrauchbar: Extremismus-Theorie. Wieder in Mode: Das Hufeisen-Modell**. Veröffentlicht am 22.02.2022 unter: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/hufeisen>

Bildungsstätte Anne Frank (2022b): **»Der Große Austausch« – Verschwörungserzählungen und Rassismus**. Veröffentlicht am 16.06.2022 unter: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/der-grosse-austausch-verschwuerungs-erzaehlungen-und-rassismus>

CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft (o. J.): **Übersicht der Recherchen zum AfD-Spendenskandal**. Online verfügbar unter: <https://correctiv.org/themen/afd-spendenskandal/>

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (2017): **Neorassismus: Neue Rechte und Alte Ideen**. Online abrufbar unter: <https://www.idz-jena.de/im-dialog/weitere-publikationen/der-grosse-austausch>

Marx, Karl / Engels, Friedrich (2017): **Marx-Engels Werke Band 1**. 17., unveränderte Auflage der 16., überarbeiteten Auflage von 2006. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Pühringer, Stephan / Beyer, Karl. M / Kronberger, Dominik (2021): **Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD**. Otto Brenner Stiftung-Arbeitspapier 52. Online verfügbar unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/titel/soziale-rhetorik-neoliberale-praxis/aktion/show/>

Slobodian, Quinn (2018): **Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism**. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

## **WARUM WIR NICHT NEUTRAL SEIN MÜSSEN EINE KRITIK AM ›NEUTRALITÄTSGEBOT‹**

*Christine Reich*

Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein

**Neutralität' ist nicht  
einfach eine Frage  
des Rechts oder  
der Moral, sondern  
eine der gesellschaft-  
lichen Kräftever-  
hältnisse!**

Die Rechten delegitimieren unsere Arbeit immer wieder, indem sie »das Neutralitätsgebot« für die politische Bildung anführen. Der Vorwurf lautet hier, wir seien als Sozialistische Jugend nicht neutral und würden daher die Teilnehmer\*innen unserer Maßnahmen »indoktrinieren«. Diese Argumentation verfängt leider allzu oft in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Artikulieren die Rechten hier also nur Bedenken, die ohnehin schon in der deutschen Gesellschaft vorhanden sind? Handelt es sich womöglich um begründete Einwände gegen sozialistische Pädagogik? Um hierüber Klarheit zu erlangen, müssen wir zunächst folgende Frage klären: Warum sprechen wir überhaupt über Neutralität in Verbänden, die in der außerschulischen und der schulischen politischen Bildung tätig sind?

### **Die Vorwürfe der Indoktrination und der mangelnden Neutralität**

Die Debatte um »ideologische Indoktrination« und die Frage der »(Wert-)Neutralität« in der politischen Bildung hat tatsächlich in den letzten Jahren mit dem Erstarken der AfD wieder an Fahrt aufgenommen; sei es durch ihre immer wiederkehrenden parlamentarischer Anfragen und permanenter Angriffen gegenüber der Zivilgesellschaft; die Einrichtung von Denunziationsportalen für

unliebsame Lehrer\*innen, die angeblich gegen das Neutralitätsverbot verstoßen<sup>1</sup>, oder die systematische Agitation gegen vermeintlich »staatsfeindliche«, »links-extreme« Trägerorganisationen. Damit im Zusammenhang steht die unverhohlene Artikulation von menschen- oder demokratiefeindlichen Positionen gegen die politischen Gegner\*innen oder marginalisierte Gruppen der Gesellschaft durch die gleichen extrem rechten Akteur\*innen, die im nächsten Atemzug »Neutralität« in der politischen Bildungslandschaft einfordern. Dabei missachten sie nicht nur einfach überprüfbare Fakten, sondern nutzen systematisch die Strategien populistischer Meinungsmache. Dabei verfolgt die Rechten – ob als militante Rechtsterrorist\*innen oder bürgerlich verkleidet in Nadelstreifen – das Ziel, eine diverse, pluralistische Gesellschaft zu zerschlagen und engagierte Menschen aus der demokratischen Zivilgesellschaft zu verängstigen: Alle, die sich nicht an einer rassistischen, antisemitischen und/oder frauenfeindlichen, menschenrechtsverletzenden Hetzjagd beteiligen, werden an den rechten Pranger gestellt. »Neutralität« wird folglich als rhetorische Waffe der Diskursverschiebung nach rechts sowie als strategisches Mittel in der Denunziation und

---

<sup>1</sup> Die Ankündigung solcher Portale hat nicht nur mediale Aufmerksamkeit für die AfD generiert, sondern auch zu massiver Verunsicherung bei Lehrkräften geführt, sodass u.a. die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Reihe von Handreichung zu Meldeportalen erstellt hat (2018). Zumindest in Mecklenburg-Vorpommern wurde das AfD Meldeportal »Neutrale Schule« vom Landesdatenschutzbeauftragten verboten, was mittlerweile auch gerichtlich bestätigt wurde (Legal Tribune 2020). In seiner Begründung stellte das Verwaltungsgericht Schwerin explizit fest, dass Pädagog\*innen nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, sondern dass ihnen gerade an staatlichen Bildungseinrichtung auch die Aufgabe zukomme, »den Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung vorzuleben und zu vermitteln« (Bürgin 2021: 105).

Einschüchterung ihrer politischen Gegner\*innen bzw. derjenigen verwendet, die in extrem rechten Ideologien als »gefährlich«, »bedrohlich« oder als Sündenböcke markiert werden. Hier lässt sich auch eine Ähnlichkeit zur Selbstdarstellung der Neuen Rechten finden, die sich als Verfechter\*innen der bürgerlichen Mitte in Deutschland inszenieren. Bei dieser Argumentationsweise kann an diffuse Extremismus-Vorstellungen in der Bevölkerung angeknüpft werden, nach denen es »gemäßigte« Positionen der politischen Mitte gäbe, von denen nicht abgewichen werden dürfe (siehe S. 11). Zugleich beschreibt diese Argumentation alle Kritiken und Positionen der Linken als »infektiös«: Kommen Teilnehmer\*innen nur einmal damit in Berührung, sind sie schon bald ideologisch »auf Linie« – »wie im Stalinismus«. Zwar ist Indoktrination auch in der politischen Bildung möglich, aber dabei kommt es nicht nur auf die Inhalte an, denen sich ein\*e Bildungsträger\*in verpflichtet fühlt, sondern auch auf die Art und Weise wie diese vermittelt werden.

### Inhalte und Ziele sozialistischer Bildungspraxis

Gegen die Argumentation der AfD ist auf einem grundlegenden Level darauf zu verweisen, dass unserer Bildungspraxis als sozialistischer Kinder- und Jugendverband keinesfalls beliebig ist. Auf welche Mittel wir zurückgreifen, um unsere höchsten Ziele – die Emanzipation aller Menschen von kapitalistischer Ausbeutung sowie die volle, demokratische Kontrolle über die wesentlichen Aspekte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens – zu erreichen, ist auch eine Frage, die sich immer wieder neu stellt. Wir haben nicht von vorneherein die eine Antwort für die vielen Fragen, mit denen wir konfrontiert sind, sondern müssen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen neue Perspektiven und Antworten finden. Unsere Angebote sind daher immer offen für Diskussionen und Austausch – denn wir müssen unsere Bildungspraxis notwendigerweise selbstkritisch reflektieren, um Leerstellen zu schließen und Fehler nicht zu wiederholen. Menschenfeindlichkeit schließen wir dabei aus, weil sie gerade dieser Offenheit enge Grenzen setzt und weil sie jene Gruppen unserer Gesellschaft ausgrenzt, die am Meisten von der eigenständigen Befreiung der Menschen aus knechtender Abhängigkeit von der Natur und von gesellschaftlicher Herrschaft und Ungleichheit zu gewinnen hätten, denn: »die freie Entwicklung eines jeden [ist] die Bedingung für die freie Entwicklung aller« (Marx/Engels 1848). Offenheit im Austausch und ein kreativer Bildungsprozess, bei dem auch wir am Ende nicht genau wissen, wie er sich en détail ausgestaltet, sind also wesentlich für eine sozialistische Bewegung, die fragend voranschreitet. Restriktionen im Sinne einer vermeintlichen Neutralität,



wie sie allen voran AfD die als wichtigste Akteurin der Neuen Rechten fordert, oder einem Bekenntnis zur »freiheitlich demokratischen Grundordnung«, das von staatlicher Seite als Voraussetzung für Förderung und als Begründung für die geheimdienstliche Überwachung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen genutzt wird<sup>2</sup>, stellen beides eine vollständige Aufgabe der eigenen politischen Position dar. Eine solche Neutralität ist damit alles andere als »neutral«: Sie ist eine Positionierung für die Schlechtigkeit der Welt, wie sie ist – inklusive aller Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse. Wir befördern dagegen eine selbstkritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen und verschleiern eine Position nicht als vermeintlich »neutral« und damit unangreifbar für Kritik.

### Neutralität als rechter Kampfbegriff

Dennoch müssen wir uns immer wieder des Vorwurfs mangelnder »Neutralität« erwehren und werden zu Debatten darüber gezwungen, sei es in unserer alltäglichen Bildungspraxis (z.B. im Umgang mit extremistischen Äußerungen), auf öffentlichen Veranstaltungen (z.B. bei der Einladung von Parteienvertreter\*innen oder dem Ausschluss von bestimmten Personen / Gruppen), bei unserer politischen Öffentlichkeits- oder Kampagnenarbeit sowie im Kontext unserer Beteiligung an Sozialen Bewegungen, Demonstrationen oder bestimmten Aktionsformen. Dabei gilt es, diese »Neutralitätsdebatte« nicht angstbesessen zu führen, sondern sich klar zu machen: Neutralität ist kein Qualitätsmerkmal politischer Bildung, sondern vielmehr selbst ein politischer »Kampfbegriff« (Michael Sturm 2019) der Rechten, welcher eine bestimmte, diskursive Wirkung entfaltet. In dieser Funktion zielt »Neutralität« auf eine Diskursverschiebung hin zu einer angeblich »neutralen« politischen Bildungsarbeit ab. Damit wird beispielsweise versucht, explizit rassistische oder diskriminierende Denk- und Sprechweisen zu legitimieren und so die kritische Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden Ideologien und

<sup>2</sup> Die 2011 von der damaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführte »Extremismusklausel« setzte Projektträger unter Druck, eine sogenannte Demokratieerklärung zu unterschreiben, um Fördermittel zu erhalten. Nach einer Reform im Jahre 2014 in seiner vorherigen Form abgeschafft, sorgte die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen 2017 mit einem Gesetzesentwurf erneut für Aufsehen: Es war vorgesehen, dass Mitarbeiter\*innen von Beratungs- und Bildungseinrichtungen vom Verfassungsschutz einer »Zuverlässigkeitsprüfung« unterzogen werden sollten (Ayyadi 2017). Die Verdachtkultur gegenüber linken Organisationen besteht ebenso weiter wie das Bedürfnis des Staates, sich eine von ihm kontrollierte und seinen Zwecken dienliche Zivilgesellschaft zu schaffen.

gesellschaftlichen Ursachen zu diskreditieren. Einerseits werden Akteur\*innen der politischen Bildung unter einen permanenten Rechtfertigungsdruck gesetzt, andererseits sollen Förderer\*innen und Partner\*innen grundsätzlich dazu gebracht werden, vorsichtiger und vorausschauend-defensiv zu agieren.

### »Meinungsbildung« ist nicht gleich »Meinungsbildung«

Während die Schule eine staatliche Stelle ist, sind es unabhängige, freie Träger der außerschulischen Bildung nicht. Anders als z.B. eine Verwaltung unterliegen außerschulische Träger keinem Mäßigungsverbot und sind auch nicht an ein staatliches »Neutralitätsgebot« gebunden.<sup>3</sup> In der Regel haben Akteur\*innen der außerschulischen Bildung, wie z.B. Jugendverbände, eine weltanschauliche Orientierung (kirchlich, gewerkschaftlich, kulturell, musisch, sportlich, helfend, etc.), die wiederum eine normative Ausrichtung des konkreten Trägers bedingt. In ihrer Gesamtheit bilden diese Träger, allen voran aus der verbandlichen Jugendarbeit und Jugendbildung mit ihren »verschiedenen Konzeptionen, Werten und Verbandsprofilen« (DBJR 2018), die Pluralität der deutschen Bildungslandschaft. In der ganzen Auseinandersetzung darf die Frage der »Überparteilichkeit« nicht mit der »Neutralität« verwechselt werden. Denn das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates und das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Art. 21 GG) stehen einer kritischen Auseinandersetzung mit extrem rechten und rassistischen Positionen von Parteien nicht entgegen, solange das Gebot der Sachlichkeit eingehalten wird: Wesentlich ist, dass die Positionen von Parteien sachlich zutreffend wiedergegeben werden und auch deren Behandlung sachlich erfolgt (Cremer 2019: 19ff). Wie Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte treffend im Fazit seiner menschenrechtsorientierten Auseinandersetzung mit dem Neutralitätsgebot in der Bildung festhält, müsse es darum gehen, dass gegenwärtige Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtsextremismus sowie die damit verbundenen Gefahren für den gesellschaftlichen Frieden kritisch thematisiert werden – dies sei wesentlicher Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrags, sowohl für die schulische wie auch die außerschulische Bildung (2018: 32).

<sup>3</sup> Inwiefern diesem »Neutralitätsgebot« der Charakter eines rechtlichen Maulkorbs für die politische Bildung zukommt, diskutiert Friedhelm Hufen (2021) ausführlich an verschiedenen Thesen, die einen guten Überblick zu praktischen Implikationen der juristischen Debatte geben.

## Fazit

Zusammenfassend sei an dieser Stelle Benno Hafener zitiert (2009, S. 269):

»In der Suche nach eigenwilligen, couragierten und interessanten Erwachsenen, nach (vorübergehend) idealisierungsfähigen Personen sind Lehrer/Pädagogen ein ›Angebot‹ für Jugendliche, die sie (ge)brauchen; von denen sie wissen wollen, wie sie denken und warum sie so denken, wie sie die Welt sehen und was sie als *zoon politikon* [politischen Menschen] ausmacht.«

Den eigenen Standpunkt deutlich zu machen und entsprechend zur Diskussion zu stellen, bedeutet also nicht »wehrlose Kinder und Jugendliche ideologisch zu indoktrinieren«, sondern als politische Reibungsfläche zur Verfügung zu stehen sowie zur Orientierung von jungen Menschen und ihrer Politisierung beizutragen. Ohne diesen Ausgangspunkt einer erfahrungsgesättigten und vertrauensbasierten Beziehung zwischen Pädagog\*innen und Kindern/Jugendlichen droht unweigerlich die Reproduktion des realen Macht- und Gewaltverhältnisses zwischen Lehrenden und Lernenden – ein Aspekt, der nur allzu gerne ignoriert wird. Doch damit diese Subjektorientierung weiterhin möglich ist, müssen wir entschiedene Kritik am rechten Kampfbegriff der »(Wert-)Neutralität« üben. Gemeinsam mit allen progressiven Akteur\*innen der freien Jugendhilfe stehen wir vor der Aufgabe, alle Bestrebungen hin zu einer »(wert)neutralen«, »unpolitischen« politischen Bildung abzuwehren – sei es von Seite der Rechten oder des Staates. Als sozialistischer Kinder- und Jugendverband müssen in der Lage sein bzw. die bei uns organisierten Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, bewusst eine politische Position zu beziehen, um in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die eigenen Interessen und politischen Forderungen einzubringen. Dafür ist es unerlässlich, dass wir Klarheit über die Inhalte und politischen Ziele unserer sozialistischen Bildungspraxis sowie über die unserer politischen Gegner\*innen haben.

# Neutralität heißt Positionierung für die Schlechtigkeit des status quo – inklusive aller Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse.



## LITERATUR

Ayyadi, Kira (2017): **Extremismusklausel in Hessen. Demokratie-Initiativen unter Generalverdacht.** Veröffentlicht am 08.12.2017 unter: <https://www.belltower.news/extremismusklausel-in-hessen-demokratie-initiativen-unter-generalverdacht-46260/>

Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2018): **Politische Bildung stärken und schützen. Position der DBJR-Vollversammlung vom 26./27.10.2018: »Werkstätten der Demokratie – politische Bildung von Jugendverbänden und Jugendringen stärken und schützen«.** Veröffentlicht am 27.10.2018 unter: <https://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen>

Cremer, Hendrik (2019): **Analyse: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.** Online abrufbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung>

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) (2018): **Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD.** Veröffentlicht am 12.10.2018 unter: <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>

Hafener, Benno (2009): **»Der Blick auf die Schule greift zu kurz«.** In: *Erwägen – Wissen – Ethik (EWE)* (2), S. 268–270.

Hufen, Friedhelm (2021): **»Das Neutralitätsgebot – Ein rechtlicher Maulkorb für die politische Bildung?«.** In: *FORUM für Kinder- und Jugendarbeit* (01–2021): Online abrufbar unter: [https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user\\_upload/FORUM\\_2021/Hufen\\_FORUM\\_1-2021.pdf](https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user_upload/FORUM_2021/Hufen_FORUM_1-2021.pdf)

Legal Tribune Online (2020): **VG Schwerin zu Lehrer-Meldeportal. »Neutrale Schule« der AfD bleibt verboten.** Veröffentlicht am 01.12.2020 unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-schwerin-1a1598-19sn-meldeportal-neutrale-schule-afd-verbot-datenschutz/>

Marx, Karl / Engels, Friedrich (1848): **Das Manifest der Kommunistischen Partei.** London: Office der »Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter«.

Sturm, Michael (2019): **»Neutralität« als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus.** In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung* (1/2019), S.37–40. Online verfügbar unter: [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_sturm\\_200422.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_sturm_200422.pdf)

## IDEOLOGISCHE AUFSTANDS- BEKÄMPFUNG? – EINE KRITIK AM »BEUTELSBACHER KONSENS«

Matti-Léon Klieme Bundesbüro, UB Frankfurt/Main

**Wir werden nicht  
zulassen,  
daß Kommunisten  
unsere Kinder  
Kommunisten erziehen.\***



© <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b4/KAS-Radikalenerlass-Bild-11706-1.jpg>

**Antikommunismus gehört  
zum Grundkonsens  
der BRD – mit diesem Erbe  
müssen wir uns auch heute  
noch herumschlagen.**

Neben der zuvor kritisch diskutierten Forderungen nach »Wertneutralität« müssen wir uns im politischen und pädagogischen Tagesgeschäft immer wieder mit dem sogenannten »Beutelsbacher Konsens« auseinandersetzen. Dessen drei Kernthesen – Überwältigungsverbot (keine ideologische Indoktrination); Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; Befähigung der Schüler\*innen, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren) – werden sowohl von der neurechten Akteur\*innen wie der AfD, aber auch von Seiten bürgerlich-liberaler Pädagog\*innen oder staatlicher Seite bemüht, um uns als sozialistischen Kinder- und Jugendverband politisch unter Druck zu setzen. Daher ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem »Beutelsbacher Konsens« dringend geboten, um damit einen souveränen Umgang zu entwickeln.

### Ungebrochene Relevanz für die politische Bildung

Der »Beutelsbacher Konsens« ist das Ergebnis einer Tagung im November 1976 der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, auf der Didaktiker\*innen unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft über Grundlagen und Ziele von politischer Bildung in der Politikdidaktik sowie der westdeutschen

Bildungspolitik debattierten. Größere Bedeutung erlangte der »Beutelsbacher Konsens« erst 10 Jahre später, als – in Erinnerung an die Tagung – eine Protokollnotiz durch die Landeszentrale Baden-Württemberg veröffentlicht wurde. In dieser Publikation waren auch die drei Kernthesen enthalten, auf die sich seitdem rege bezogen wird – sie wurden damals nicht als Ergebnis auf der Tagung 1976 beschlossen.

Auch nach über 40 Jahren gilt der »Beutelsbacher Konsenses« als pragmatischer Minimalkonsens für die Regeln der pädagogischen Praxis und wird regelmäßig als Referenz für die schulische und außerschulische politische Bildung zitiert. Dabei ist wichtig zu betonen, dass es sich lediglich um eine Orientierungshilfe für ein professionelles Selbstverständnis derjenigen handelt, die unter einem öffentlichen Auftrag in der politischen Bildung tätig sind – er ist weder rechtsgültig noch hat der »Beutelsbacher Konsens« Gesetzescharakter. Warum er dennoch bis heute eine so große Strahlkraft besitzt, wird mit Blick auf den historischen Kontext seiner Entstehung in den turbulenten 70er Jahren und dessen ideologischer Funktion für die politische Bildung in Westdeutschland deutlich. Daher lohnt es sich, zunächst einen kurzen Blick darauf zu werfen, auf welche Art und Weise wir als Verband mit dem »Beutelsbacher Konsens« konfrontiert sind, um im Anschluss an die historische und politische Einordnung eine kurze Einschätzung zum Umgang in der verbandlichen Praxis zu geben.

## **„Neutrale“ Lehrkräfte als Vorbilder fördern »die Tugend der Meinungslosigkeit, des Sich-Heraushaltens, des Nicht-Flagge-Zeigens.«**

## **POLITISCH-HISTORISCHE EINORDNUNG**

In politischen Diskussionen im schulischen Unterricht oder im fachdidaktischen Austausch zwischen Lehrkräften und Pädagog\*innen der politischen Bildung wird immer wieder auf den »Beutelsbacher Konsens« Bezug genommen, wenn es um den Umgang mit menschenverachtenden Äußerungen, extrem rechten Positionen von Parteien oder allgemein der Frage geht, wie explizit eigene politische Äußerungen sein »dürfen«. Nicht selten wird dabei eine bestimmte Interpretation des »Beutelsbacher Konsens« vorgetragen, die dazu tendiert, den politischen Konflikt zu scheuen und sich aus der politisch-pädagogischen Verantwortung zu stehlen: Sei es aus Überforderung, Unsicherheit, gar Billigung von reaktionären und menschenverachtenden Überzeugungen oder aus Angst, sich mit politischen Äußerungen »zu weit aus dem Fenster zu lehnen« und dafür sanktioniert zu werden (dies trifft für Lehrkräfte der schulischen Bildung sicherlich in stärkerem Maße zu als für die außerschulische Bildung durch freie Träger).<sup>1</sup>

### **»Bloß nicht zu politisch werden?!«**

Häufig beobachten wir in politischen Diskussionen, dass gerade das sogenannte »Überwältigungs-/Indoktrinationsverbot« von unseren politischen Gegenspieler\*innen als Argument dafür angebracht wird, um emanzipatorische Kinder- und Jugendarbeit zu delegitimieren und die pluralistische Trägerschaft insgesamt in Frage zu stellen. Es ist auch möglich, dass unter dem Deckmantel der Kontroversität versucht wird, menschenfeindliche und extrem rechte Äußerungen salonfähig zu machen, um diese als »politische Meinungen« zu legitimieren. Verbunden mit einem falschen Verständnis von Neutralität (im Sinne von »wertneutral«), vermeintlich apolitischer Sachlichkeit oder persönlicher Zurückhaltung der Pädagog\*innen besteht die Gefahr, sich einer notwendigen politischen Auseinandersetzung zu entziehen

<sup>1</sup> Wie Frank Nonnenmacher betont, sind alle »neutralen« Lehrpersonen vehement zu kritisieren (2011: 91): »Ich halte dieses Rollenvorbild, das von einer solchen Lehrperson gegeben wird, für höchst fatal. Es fördert die Tugend der Meinungslosigkeit, des Sich-Heraushaltens, des Nicht-Flagge-Zeigens.« Es handelt sich um ein viel und lieb gehütetes »Missverständnis«, dass es als Lehrer\*in oder politische Bildner\*in nicht möglich sei, die eigenen Überzeugungen offenzulegen: »Der Beutelsbacher Konsens verbietet weder Lehrenden eine eigene politische Position (sondern nur, diese den Lernenden auf offene oder subtile Weise aufzudrängen), noch fordert er ein gewissermaßen einheitliches, »neutrales« Verhalten in jeder Situation« (Sander 2009: 327).

und den Rechten kampflos das Feld zu überlassen. Keine Stellung zu beziehen und sich politisch bedeckt zu halten, ist nicht nur ein fatales Zeichen für alle Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, sondern auch eine willkommene Ermutigung für Rechte, den demokratischen Diskurs weiter zu zerstören, ohne ernsthaft Sanktionen oder politische Konsequenzen fürchten zu müssen. In diesem Fall handelt es sich nicht einfach um eine missliche Fehlinterpretation des »Beutelsbacher Konsenses«, sondern auch um ein Scheitern an den eigenen Maßstäben bürgerlicher Rechts- und Wertevorstellungen, konkret: am rechtsverbindlichen und aus den Menschenrechten abzuleitenden Bildungsauftrags politischer Bildung, der sowohl für die schulische als auch die außerschulische Bildung gilt (Cremer 2019: 21).

### **Hauptsache gegen Links: Antikommunistischer Grundkonsens**

Hinzu kommt die Erfahrung, dass unter Rückgriff auf das Hufeisenmodell der »Extremismuskonzeption« nicht selten versucht wird, menschenverachtende Äußerungen und extrem rechte Weltbilder mit Perspektiven der politischen Linken gleichzusetzen (siehe S. 11). Zum einen werden so die Forderungen und Kritiken emanzipatorischer Bewegungen der politischen Linken diskreditiert und aus der inhaltlichen Auseinandersetzung verbannt. Zum anderen werden die sogenannte »bürgerliche Mitte« und der politische Status Quo der deutschen Gesellschaft einer kritischen Diskussion entzogen. Wie bereits ausgeführt müssen wir deshalb allen Bestrebungen, die Prinzipien des »Beutelsbacher Konsenses« auf ein sogenanntes »Neutralitätsgebot« zu verengen, klar widersprechen (siehe S. 15). Doch daneben ist es notwendig, sich politisch gegen den Schulterschluss bürgerlich-liberaler Akteur\*innen und völkisch-konservativer Kräfte mit der extremen Rechten zu wehren: Aufgrund ihres Antikommunismus, der sich nicht nur gegen organisierte Sozialist\*innen oder Kommunist\*innen richtet, sondern gegen alles, was als »links« oder »kommunistisch« denunziert wird, machen sie immer wieder gemeinsame Sache und bereiten so dem Faschismus (erneut) den Weg – Hauptsache gegen die »linksextremistische Bedrohung«.<sup>2</sup>

Die Verbindung des »Beutelsbacher Konsenses« mit der geheimdienstlichen »Extremismuskonzeption« verweist somit auf weitere Dimensionen, die es zu berücksichtigen und gegen die es sich als sozialistischer Kinder- und Jugendverband politisch zu wehren gilt: Gegen den in der deutschen Gesellschaft virulenten und auch im Grundgesetz über die »Totalitarismus-Ideologie« verankerten Antikommunismus (Wippermann 2010: 3ff). Dieser prägte maßgeblich die Innen- und Außenpolitik

der BRD und ist bis heute leitend für die Bemühungen des Staates, emanzipatorische Bestrebungen zu bekämpfen – sei es mit den Mitteln polizei- und geheimdienstlichen Repression oder ideologisch-politischen Dogmen für die politische Bildung.

### **Politisch-historischer Entstehungskontext**

Der »Beutelsbacher Konsens« steht im engen Zusammenhang mit dem Streit über die hessischen »Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre«, die der Kultusminister Ludwig von Friedeburg (SPD) 1972 vorgelegte. Dessen Reformvorhaben formulierte einerseits »Selbstbestimmung- und Mitbestimmung« als oberstes Richtziel – als Ausdruck einer bewussten politischen Entscheidung, die sich »am Demokratiegebot des Grundgesetzes« orientierte – und zielte andererseits darauf ab, politische Bildung in der Schule als Instrument konkreter Gesellschaftsveränderung zu verankern. Dieses Vorhaben wurde von der grundlegenden Auffassung getragen, dass die Aufhebung ungleicher Lebenschancen notwendig sei, um eine »optimale Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen« für alle Mitglieder der Gesellschaft zu ermöglichen. Im Sinne dieser, von liberalen Pädagogen als »Konfliktpädagogik« bezeichneten, Herangehensweise sollten situationsbezogene Konkretisierungen den kritischen Blick der Schüler\*innen auf die Gesellschaft schärfen und sie für den zur Überwindung der gesellschaftlichen Missverhältnisse notwendigen »Widerstandspolitizieren«. Wenig überraschend löste das Reformvorhaben einen Sturm der bildungspolitischen Entrüstung von konservativer und bürgerlicher Seite aus – aber auch von prominenten, wissenschaftlich ausgewiesenen Sozialdemokraten. Die Empörung richtete sich insbesondere gegen die mit der Reform verbundenen Auflösungsbestrebungen des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten von Gesamtschulen. Ebenso wurde die dem Konzept zugrunde liegende Vorstellung von politischer Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung scharf kritisiert (Sutor 2022).

---

<sup>2</sup> Das bekannteste Beispiel aus der jüngeren Geschichte dürfte sicherlich der »Skandal« um Thomas Kemmerich (FDP) gewesen sein, der am 05. Februar 2020 mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt wurde – mit dem erklärten Ziel die Wiederwahl von Bodo Ramelow (Die Linke), der sicherlich kein Sozialist oder Kommunist ist, zu verhindern. Dem Versuch kommt insofern Bedeutung zu, weil hier experimentell der machtpolitische Brückenschlag zwischen extrem rechter AfD und dem völkisch-konservativen Rand der CDU in Thüringen gewagt wurde. Historisch gesehen stellte Thüringen bereits für die NSDAP ein Experimentierfeld dar, seitdem diese in der »Baum-Frick«-Regierung Anfang 1930 erstmals in der Weimarer Republik an einer Landesregierung beteiligt war.

## Politisches Erbe der 68er-Revolten

Das Scheitern des Reformvorhabens im Jahre 1973 und die Formulierung des »Beutelsbacher Konsens« im Jahre 1976 müssen im Kontext des damaligen politischen Klimas und der damaligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen betrachtet werden, die stark von einer »Abwehr der vermeintlichen oder wirklichen Gefahr einer linken Indoktrination« (Ortmeyer 2013: 70) getragen war. Dieses ideologische Erbe wirkt bis heute ungebrochen nach, wie die weithin unhinterfragte Verbreitung des »Extremismus«-Begriffs dokumentiert, der ab 1973 vom westdeutschen Verfassungsschutz eingeführt wurde und als Ersatz für den »Totalitarismus«-Begriff fungieren sollte (Wippermann 2010: 5f). Die hitzig geführten wissenschaftlichen Debatten über pädagogische und politikdidaktische Konzepte sind nicht ohne die Aufbruchsstimmung infolge der »langen 60er Jahre« (1958–1973) (Siegfried 2003) und den weltweiten Revolten für eine andere, nicht-kapitalistische Gesellschaft zu verstehen. Die globalen Umwälzungsprozesse im Zuge antikolonialer und antiimperialistischer Befreiungskämpfe des Globalen Südens sowie die (auch) militant geführten politischen Konflikte in (West-)Deutschland und den westlichen Metropolen bis in die 1980er Jahre dokumentieren eindrücklich, dass es um eine grundsätzliche Veränderung der Welt und ihrer Einrichtung ging. Die Folgen des Scheiterns dieses revolutionären Aufbruchs sind bis heute zu spüren und müssen uns als Mahnung für die repressive Integrationsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Ordnung Gewähr bleiben.

## Instrumente staatlicher Aufstandsbekämpfung

Dass die Kernthesen des »Beutelsbacher Konsens« von ihrer Formulierung her so gehalten sind, dass sie sich eigentlich nicht gegen eine emanzipatorische Pädagogik richten können, in der Praxis aber häufig gegen die Linke gewendet werden, ist keineswegs zufällig. Hier lassen sich ebenfalls Ähnlichkeiten zu den Berufsverboten infolge des ebenfalls 1972 verabschiedeten »Radikalenerlass« der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt finden. Denn auch dort war das erklärte Ziel bekanntermaßen nicht, die nach wie vor zahlreich im öffentlichen Dienst tätigen Alt-Nazis zu entfernen und die Institutionen der jungen Bundesrepublik zu demokratisieren. Im Gegenteil ging es bewusst darum, ein neues Repressionsinstrument zu schaffen, um die politischen Feinde des Staates und der postfaschistischen Gesellschaft zu diskreditieren, zu drangsalieren und zu kriminalisieren, d.h. Beamt\*innen inkl. Anwärter\*innen, Angestellte oder Arbeiter\*innen aus dem linken Spektrum (für die Folgen, siehe Csaszký 2021). Aus ihrem Antikommunismus machte dabei die

regierende Sozialdemokratie bei der Verabschiedung des Erlasses keinen Hehl: Um ihre neue Ostpolitik auch innenpolitisch abzusichern, beschloss die SPD einen Abgrenzungsbeschluss gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunist\*innen (bpb 2022). Der »Radikalenerlass« selber stand ideologisch eindeutig in der Tradition des sogenannten »Adenauer-Erlasses« von 1950, der überhaupt erst die rechtlichen Grundlagen sowie den ideologischen Referenzrahmen einer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« bzw. das Konzept der »Verfassungsfeindlichkeit« schuf.

Angesichts der massiven Infragestellung der gesellschaftlichen Ordnung und des politischen Systems durch die sozialen Bewegungen der 68er-Jahre sowie der brutalen, polizeilich-repressiven Niederschlagung des bewaffneten Kampfes politischer Gruppierungen musste auch auf dem ideologischen Terrain ein integratives Angebot für nicht-militante Segmente der systemoppositionellen Linken gemacht werden. Der Sozialdemokratie kommt also historisch gesehen hier eine besondere Stützfunktion als Verfechterin der »wehrhaften Demokratie« zu, die das notwendige »Rüstzeug« – ideologisch wie institutionell – geschaffen hat. Betrachten wir die Art und Weise wie der »Beutelsbacher Konsens« in der politischen Bildungsarbeit zunehmend mit der Extremismus-/Totalitarismuskonzeption sowie der fdGo-Formel, die auch verfassungsrechtlich und politisch stark umstritten ist, verzahnt wird, dann liegt der Schluss nahe, dass es sich um eine Reihe von Instrumenten der ideologisch-pädagogischen Aufstandsbekämpfung des deutschen Staates handelt.<sup>3</sup>

Nachfolgend werfe ich einen Blick darauf, inwiefern und auf welche Art und Weise wir als sozialistischer Kinder- und Jugendverband in der Praxis mit dem »Beutelsbacher Konsens« umgehen können bzw. sollen.

---

<sup>3</sup> Auch wenn sie sich dieser politischen Schlussfolgerung in der Form sicherlich nicht in gleicher Schärfe anschließen würde, kommt Julika Bürgin nach intensiven Untersuchungen zur »Extremismusklausel« in staatlichen Demokratieförderprogrammen ebenfalls zu dem Punkt, dass »Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung« (2021) zu begreifen sei.

## Die zentralen, didaktischen Leitgedanken des »Beutelsbacher Konsenses« lauten

(Wehling 1977):

### 1. Überwältigungsverbot (auch Indoktrinationsverbot):

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbständigen Urteils« zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

### 2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen:

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind.

Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

### 3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich – etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer – erhobene Vorwurf einer »Rückkehr zur Formalität«, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

## ÜBERLEGUNGEN ZUM PRAKTISCHEN UMGANG

In der Praxis gestaltet es sich mitunter gar nicht so leicht, eine angemessene und pragmatische Antwort auf die Frage zu finden, wie wir als sozialistischer Kinder- und Jugendverband mit dem »Beutelsbacher Konsens« praktisch umgehen bzw. arbeiten. Die Auseinandersetzung damit erfolgt in der Regel nicht selbst gewählt, weil der »Beutelsbacher Konsens« gerne von unseren politischen Gegner\*innen, ob aus dem bürgerlichen oder dem extrem rechten Lager, dafür genutzt wird, um uns politisch zu diskreditieren und sich selbst in politischen Debatten zu profilieren – sei es als naive Verfechter\*innen von »Neutralität«, als staatstragende Verteidiger\*innen »der wehrhaften Demokratie« oder als anti-extremistische Vertreter\*innen »der Mitte« der deutschen Dominanzgesellschaft. Daher nachfolgend einige Gedanken zu konkreten Fragen, die sich in der Praxis häufig stellen.

### Kontroversität – Nein, danke?!

Meist geben die ersten beiden Leitgedanken, das sogenannte »Überwältigungsverbot« sowie das »Kontroversitätsgebot«, Anlass für Verunsicherungen von Pädagog\*innen oder Steilvorlagen für rechte Angriffe zur politischen Diskreditierung unserer pädagogischen Fachkompetenz. Denn insbesondere das Kontroversitätsgebot wird von Rechten gerne genutzt, um ihre menschenfeindlichen Positionen unter Rückgriff auf eine angebliche Kontroversität in Wissenschaft oder Politik als legitime Meinungen zu verbreiten. Daraus wird dann gerne eine Berechtigung zur unkritischen Auseinandersetzung mit diesen Positionen abgeleitet oder gar die Nötigung herbeifantasiert, dass bei Podiumsdiskussionen mit Politiker\*innen auch Vertreter\*innen der extremen Rechten einzuladen sind. Schließlich seien diese Personen oder Parteien nun mal Bestandteil kontroverser Debatten in der Politik – dabei wurden diese »Debatten« nicht selten erst durch bewusste Grenzverletzungen und Diskursverschiebungen nach rechts angefacht. Wir müssen immer berücksichtigen, dass bei solchen öffentlichen Veranstaltungen unweigerlich den Rechten eine Plattform geboten wird, die sie für sich zu nutzen wissen werden. Das gilt auch unabhängig davon, ob wir die schärfste Kritik oder die überzeugendste Analyse formulieren können, die Gefahr der Normalisierung bleibt ungebrochen bestehen. Hinzu kommt, dass eine argumentative Widerlegung immer dort ins Leere läuft, wo faschistische Demagog\*innen den bürgerlichen Diskurs selbst zerstören – sich dann ebenfalls als Wächter des »zwanglosen Zwangs des besseren Arguments« aufzuspielen und auf idealistische Diskursregeln zu berufen, wiederholt nur die Fehler

bürgerlich-liberaler Akteur\*innen im Umgang mit der faschistischen Bedrohung. Hier müssen wir uns als Sozialist\*innen erkennbar unterscheiden von den restlichen Akteur\*innen der Debatte.

Und selbst wenn Veranstaltungen mit öffentlichen Geldern finanziert werden: Nirgends steht geschrieben, dass wir uns als Veranstalter\*innen auch das menschenfeindliche Gesülze unserer politischen Gegner\*innen anhören bzw. unsere Teilnehmer\*innen diesem einfach so aussetzen müssen! Einerseits ist hier an die zuvor getätigten Ausführungen zum »Neutralitätsgebot« (siehe S. 15) anzuknüpfen, denn Seminare, Veranstaltungen und Gruppenaktivitäten in der Kinder- und Jugendhilfe finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern immer im Kontext der mitunter sehr unterschiedlichen, weltanschaulichen Ausrichtung der freien Träger (Schiele 2006: 262). Für uns als feministischer und antirassistischer Verband ist somit ganz klar, dass wir keine frauenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Menschenfeinde einladen – was nicht bedeutet, dass keine analytische oder kritische Auseinandersetzung mit der dahinter stehenden Ideologie in unserer pädagogischen Arbeit stattfindet. Nicht zuletzt werden bei uns organisierten Kinder und Jugendlichen gerade dadurch sprach- und handlungsfähig, dass sie die eigene Fähigkeit zur Kritik am konkreten Gegenstand schulen können. Andererseits gilt mit Blick auf die verschiedenen Argumentationsmuster (siehe S. 7), die gegen uns ins Feld geführt werden, immer wieder zu prüfen, ob eine kritische Diskussion unter den jeweils gegebenen Bedingungen überhaupt möglich ist und wenn ja, ob sich diese Auseinandersetzung für uns lohnt. Wenn wir beispielsweise den Schutz unserer Teilnehmer\*innen nicht garantieren können oder von vorneherein klar ist, dass wir in einer (rhetorisch, politisch, ...) unterlegenen Position sind, müssen wir daraus entsprechende Schlussfolgerungen ziehen und uns nicht sinnlos »um der Kontroversität willen« verheizen.

## Gesicherte Standpunkte der Erkenntnis finden

Es liegt also klar auf der Hand, dass es weder darum gehen kann, blind jeder Position einer Kontroverse mit unterschiedsloser Akzeptanz zu begegnen und diese als »schützenswerte Meinung« der Kritik zu entziehen; noch darum, jede einzelne Position zu einem Sachverhalt immer zu berücksichtigen, egal wie abstrus oder erkenntnisfeindlich diese ist. Politische Urteilsfähigkeit lebt von guten Argumenten und nicht von grundloser Akzeptanz. Als Sozialist\*innen sind wir gut daran beraten, nicht dem apolitischen Relativismus des bürgerlichen »Mainstreams« zu verfallen, der jede Meinung inhaltslos als gleich gültig (und damit als gleichgültig) behandelt. Es gibt gute Gründe dafür, warum eine Position falsch oder unhaltbar ist. Dafür braucht es Analyse, Kritik und ein historisch geschultes Bewusstsein darüber, wo wir politisch und pädagogisch stehen, ohne hinter gewonnene Erkenntnisse zurückzufallen. Dazu gehört auch, wann immer es notwendig ist, gegenüber unseren politischen Gegner\*innen einen klaren Trennungsstrich zu ziehen.<sup>4</sup> Erst von diesem gesicherten Standpunkt unserer Kritik aus können wir uns selbstbewusst in kontroverse Diskussionen begeben und den Finger in die Wunde legen. Denn gerade als Jugendverbände sind wir aufgefordert, auch minoritäre und den Herrschenden missliebigen Überzeugungen und Inhalte zu thematisieren, die es für unsere kollektiven Bildungsprozesse nutzbar zu machen gilt. Das geht nicht ohne ein historisch-materialistisches Verständnis von Politik, das die konflikthafte Auseinandersetzung unterschiedlicher Interessen in dieser Gesellschaft sowie ihre gewaltsame Durchsetzung in den Blick nimmt. Unsere Fragestellung muss heißen: Warum hat wer welche (Macht-)Positionen? Warum werden von wem welche Positionen vertreten? Ohne die Analyse und Kritik der herrschenden Machtverhältnisse bleiben wir blind für die grundlegenden, gesellschaftlichen Konfliktstellungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und laufen Gefahr, den falschen Versprechen der herrschenden Klassen auf den Leim zu gehen.

---

<sup>4</sup> Jenseits von manifesten, politischen Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Konflikten ist damit die Notwendigkeit für eine emanzipatorische Erziehung gemeint, »gegen Gruppen und Individuen kämpfend Front machen zu müssen«, insofern sie nachweislich an »Verblendung und Verhetzung« teilnehmen bzw. ihnen »direkte Verantwortung für Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg, Terror« nachgewiesen werden kann (Jouhy 1972: 11). Sonst habe emanzipatorische Erziehung überhaupt keinen Sinn«, wie Benjamin Ortmeier betont (2013: 65).



### Was taugt der »Beutelsbacher Konsens« für uns?

Angesichts der Erkenntnis, dass es sich beim »Beutelsbacher Konsens« auch um ein Instrument ideologischer Aufstandsbekämpfung handelt, liegt der Schluss nahe, das Konzept mit seinen Leitgedanken gänzlich zu verwerfen. Im Sinne einer emanzipatorischen Pädagogik, wie sie beispielsweise vom Erziehungs- und Kulturwissenschaftler Ernest Jouhy (1972) entworfen wurde, ist auch eine gegenteilige Schlussfolgerung möglich. So betont Benjamin Ortmeier, Erziehungswissenschaftler und Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik, dass auch eine produktive Arbeit mit den 1976 entwickelten Grundthesen möglich sei (2013: 70):

»Dennoch bergen sie ein großes Potential in sich – gerade wenn sie nicht nur auf die Politische Bildung bezogen werden –, der grundlegenden Tendenz von Schule und Pädagogik zur Überwältigung der Schwächeren, zur Ausklammerung von Konflikten und Kontroversen und zur Missachtung der Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler entgentreten zu können.«

Mithilfe von Jouhys Ausführungen lassen sich einige Präzisierung der im »Beutelsbacher Konsens« verhandelten Grundprobleme der Pädagogik vornehmen, d. h. vor allem das Machtverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden, das im sogenannten »Überwältigungsverbot« seinen Niederschlag gefunden hat. Eine Akzentuierung ist beispielsweise die Fokusverschiebung weg von einer moralischen Problematisierung hin zu einer strukturellen Betrachtungsweise realer Indoktrination und Machtverhältnisse in den Bildungsinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft (Ortmeier 2013: 67). Dieses Vorhaben ist bei Jouhy eingebettet in eine fundierte Gesellschaftskritik und Gegenwartsanalyse, die bewusst Erkenntnisse aus Soziologie, Pädagogik und Psychologie miteinander vereint, ohne dabei Marx' Kritik der politischen Ökonomie fallenzulassen (Ortmeier 2013: 42ff). Charakteristisch ist für Jouhy aufgrund der NS-Erfahrung außerdem ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem bürgerlichen Staat und dessen Institutionen, denen »im demokratischen Sinne mit organisiertem Misstrauen gegenüber Machtmissbrauch« (Ortmeier 2013: 63) zu begegnen sei. Dass Jouhy auch nicht vor den politischen Implikationen seiner emanzipatorischen Pädagogik zurückschreckt, wird auch an der expliziten Vorstellung, einer »Erziehung zur klassenlosen Gesellschaft« (Ortmeier 2013: 65) deutlich.

Angesichts dieser nur kurz skizzierten Hintergrundfolie einer emanzipatorischen Erziehung im Sinne Jouhys wird deutlich, dass durchaus eine produktive Auseinandersetzung mit den Leitgedanken des »Beutelsbacher Konsenses« möglich und sinnvoll ist – sofern damit eine entsprechende politisch-historische Analyse sowie eine reflexiv-kritische Haltung verbunden ist und keine »blinde« Erfüllungssehnsucht einer gesellschaftlichen Norm. Zu unterscheiden ist also zwischen der Art und Weise, wie der »Beutelsbacher Konsens« in den Händen unserer politischen Gegner\*innen gegen uns verwendet werden kann und inwiefern die formulierten Leitgedanken nicht bereits fester Bestandteil unserer sozialistischen Pädagogik sind.



**Wir dürfen nicht  
den falschen  
Versprechungen  
der bürgerlich-  
kapitalistischen  
Gesellschaft und  
ihrer herrschen-  
den Klasse auf  
den Leim gehen!**

### Ausblick – Was tun?

Die Ausrichtung und Interpretation des »Beutelsbacher Konsenses« sollte entsprechend gesellschaftlicher Realitäten und politischer Debatten zeitgemäß in die Praxis übertragen werden. Dies sollte geschehen, ohne sich einseitig im vorausseilenden Gehorsam einem antikommunistischen Generalverdacht zu unterwerfen oder die praktischen Implikationen unserer emanzipatorischen Pädagogik zu beschneiden. Sei es indem die Notwendigkeit der Umwälzung der herrschenden Verhältnisse geleugnet oder fundamentale Konfliktstellungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unterschlagen werden. Insofern wir als sozialistischer Kinder- und Jugendverband mit dem arbeiten müssen, was uns die bürgerliche Pädagogik an Mitteln und Erkenntnissen zur Verfügung stellt, sind wir zugleich vor die Aufgabe gestellt, neue Formen und Mittel zu entwickeln, wenn sie für unseren Ziele dienen sollen – das gilt für andere Konzepte ebenso wie für den »Beutelsbacher Konsens«. Als sozialistischer Kinder- und Jugendverband steht unsere Pädagogik auch unter dem Ziel, die »entstellte[n] und verzerrte[n] Bildungsprozesse« (Krahl 1976: 29) zu überwinden, die wir alle in unterschiedlichem Ausmaß im Laufe unseres Lebens durchlitten haben. Wir wollen gemeinsam die Bedingungen für einen kollektiven Bildungsprozess schaffen, um »überhaupt erst Individualität wieder her[zu]stellen und das, was Individualität ist, in einem emanzipativen Sinne [zu] rekonstruieren, indem wir uns im praktischen Kampf gegen dieses System zusammenschließen« (Krahl 1976: 29). Wenn die Leitgedanken des »Beutelsbacher Konsenses« uns dabei dienlich sind, dann nehmen wir sie als Sozialist\*innen auf und integrieren sie in unsere emanzipatorische Pädagogik.

***Das verschüttete  
68er-Erbe bergen:  
Gegen die entstellten  
und verzerrten  
Bildungsprozesse;  
gemeinsam die  
Bedingungen für  
einen kollektiven  
Bildungsprozess  
schaffen, indem wir  
uns im praktischen  
Kampf gegen dieses  
System zusammen-  
schließen.***



## LITERATUR

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2022): **Vor 50 Jahren: »Radikalenerlass«**. Veröffentlicht am 26.01.2022 unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/346271/vor-50-jahren-radikalenerlass/>

Cremer, Hendrik (2019): **Analyse: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?** Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. Online abrufbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung>.

Csaszóczy, Michael (2021): **Im Räderwerk. Die gesetzlichen Grundlagen des Radikalenerlasses**. In: *Die Rote Hilfe Zeitung* (4-2021), S. 12–14.

Jouhy, Ernest (1972): **Zum Begriff der emanzipatorischen Erziehung**. In: *Gesellschaft, Staat, Erziehung. Blätter für politische Bildung und Erziehung* (17. Jg.), Heft 3, S. 149–149.

Krahl, Hans-Jürgen (1976): **Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution**. Frankfurt am Main: Neue Kritik.

Landa, Ishay (2021): **Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus**. 2. Auflage. Dietz Verlag.

Niendorf, Mareike / Reitz, Sandra (2019): **Schweigen ist nicht neutral. Menschenrechtliche Anforderungen an Neutralität und Kontroversität in der Schule**. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. Online abrufbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/schweigen-ist-nicht-neutral>.

Nonnenmacher, Frank (2011): **Handlungsorientierung und politische Aktion in der schulischen politischen Bildung. Ursprünge, Grenzen und Herausforderungen**. In: Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): *Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag, S. 83–99.

Ortmeyer, Benjamin (2013): **100 Jahre Ernest Jouhy. Dialektische Vernunft als zweifelnde Ermutigung. Zum Werk von Ernest Jouhy**. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus.

Overwien, Bernd (2019): **Politische Bildung ist nicht neutral**. In: *Shrinking Space. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* (1/2019), S. 26–38.

Sander, Wolfgang (2009): **Replik – Wissen, Bildung und die Konstruktion von Wirklichkeit**. In: *Erwägen – Wissen – Ethik (EWE)* (2), S. 325–334.

Schiele, Siegfried (2006): Besprechung von: Klaus Ahlheim/ Bardo Heger, **Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung**. In: *Außerschulische Bildung* (2), S. 262.

Siebert, Horst (2009): **Lernen im Erwachsenenalter konstruktivistisch beobachtet**. In: *Erwägen – Wissen – Ethik (EWE)* (2), S. 320–322.

Siegfried, Detlef (2003): **»Trau keinem über 30«? Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen sechziger Jahre**. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Beilage zu *Das Parlament* (B 45/2003). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27291/deutsche-zeitgeschichte-60er-und-70er-jahre/>

Sutor, Bernhard (2002): **Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre**. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Beilage zu *Das Parlament* (B 45/2002). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland/>

Wehling, Hans-Georg (1977): **Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch**. In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*. Stuttgart, S. 173–184.

Wippermann, Wolfgang (2010): **Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende**. In: *Rosa-Luxemburg-Stiftung: Standpunkte* (10/2010). Online verfügbar unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_10-2010.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf)



# PRAXIS

*Nur Mut  
zum Gegen-  
angriff!*

## STRATEGIEN ZUM UMGANG MIT RECHTEN KOMMUNIKATIONS- ANGRIFFEN

*Felix »Filou« Sauer, Valentin Fuchs*

Medienheinis für politische Kommunikation von *wann strahlst du?*

Rechte Akteur\*innen kommunizieren und agieren in der Öffentlichkeit sehr strategisch, um menschenfeindliche Positionen oder Gewalt zu verbreiten. Es ist deshalb wichtig zu wissen, wie wir Kommunikations-Angriffen von Rechten sinnvoll und sicher begegnen können. Das gilt vor allem für Personen, die wegen ihrer gesellschaftlichen Position oder wegen ihrer politischen Haltung hiervon potenziell betroffen sind – also ganz besonders für Mitglieder und Funktionär\*innen der Falken. In diesem Artikel wollen wir einige Überlegungen dazu teilen.

### 1. Überleg dir, warum sie das tun

Bevor es ums Reagieren geht, sollten wir zuerst überlegen, warum uns Rechte über öffentliche Kanäle angreifen und was sie damit erreichen wollen. Hieraus lassen sich bereits einige Bewertungen ableiten. Denn eins ist klar: Am besten ist es, wenn sie nicht das erreichen, was sie vorhaben.

Zurecht haben wir schnell das Gefühl, problematische Argumente entkräften oder falsche Details richtig stellen zu wollen. Anders als im privaten Raum geht es Rechten in der Öffentlichkeit oft nicht darum, sich an einer Debatte zu beteiligen und schon gar nicht darum, sich über gute Argumente Gedanken zu machen (siehe S. 7). Manchmal wollen sie einfach nur unsere Kapazitäten binden und uns mit sinnlosen Auseinandersetzungen von unserer Arbeit abhalten. Ziel kann auch sein, durch

kommunikative Angriffe Chaos in unserer Gruppe oder Einrichtung zu stiften und uns dadurch lahm zu legen. Wir nennen das die »Rammbock-Strategie«. Das zu erkennen, ist nicht immer leicht, dafür aber sehr effektiv: Reagiert man hierbei gar nicht, hat man schon gewonnen.

Noch perfider wird es, wenn das Ziel von Rechten ist, uns in eine Ecke zu drängen, um so an kritische Informationen zu gelangen: Wie finanziert ihr euer Projekt? Wer ist dafür verantwortlich? Wo ist eure Geschäftsstelle? Mit diesen Infos können uns Rechte direkt schaden oder versuchen, uns bei anderen Stellen zu delegitimieren. Wenn es keinen Grund gibt, solche Informationen an die Öffentlichkeit zu geben, sollten wir es auch nicht tun – oder auf jeden Fall äußerst vorsichtig dabei sein.

Ein weiteres Ziel rechter Kommunikationsangriffe kann natürlich schlicht darin liegen, Menschen direkt zu demütigen oder zu verletzen. In diesem Fall sollte direkt eine Beratungsstelle eingeschaltet und der Angriff gegebenenfalls angezeigt werden. Unterstützung und rechtliche Informationen zum Thema gibt es zum Beispiel bei [www.hateaid.org](http://www.hateaid.org) oder [www.hassmelden.de](http://www.hassmelden.de).

Neben solchen expliziten Angriffen auf konkrete Personen kann das Anliegen rechter Akteur\*innen auch sein, den allgemeinen Diskurs zu erobern und Positionen nach rechts zu steuern. Oftmals geht es dabei dann gar nicht darum, zum Beispiel die Finanzierung eines einzelnen Projekts offen zu legen, sondern generell die staatliche Förderung von Projekten in Frage zu stellen. Um in den gesellschaftlichen Diskurs einzugreifen, brauchen Rechte konkrete Anknüpfungspunkte, über die sie dann in die Breite spielen. Manchmal geht es also nicht um uns persönlich oder um unsere Gruppe, sondern unser Fall ist nur ein Anstoß auf dem Weg zu einer abstrakten Auseinandersetzung.

## 2. Bleibt handlungsfähig!

»Kühlen Kopf bewahren«, »Nicht aus der Ruhe bringen lassen«, »Handlungsfähig bleiben« – alles leicht gesagt. Auch wenn solche Tipps in konkreten Situationen wenig hilfreich klingen, treffen sie doch meistens zu. Handlungsfähigkeit bedeutet, selbst bestimmen zu können, wie die Geschichte weitergeht. Hierfür braucht es manchmal mehr Informationen, weil sich Situation nicht immer sofort eindeutig beurteilen lassen: Kennen wir uns? Wer will das wissen? Worauf willst du hinaus? sind unverfängliche Reaktionen, mit denen wir im Zweifel erstmal die Lage etwas klären können. Eindeutigere Situationen erlauben dann wiederum entschlossener Statements oder Reaktionen.

## PRAXISTIPP

Ein gutes Vorgehen bei Personen, die sich auf unsere Öffentlichkeitsarbeit fixiert haben, ist ein allgemeines Statement, auf das immer wieder in unterschiedlichen Diskussionen verwiesen werden kann. So muss in Kommentarspalten nicht auf kleinteilige Fragen oder provokante Äußerungen eingegangen werden, sondern es kann zum Beispiel einfach kommentiert werden: »In diesem Post haben wir erklärt, was Antifaschismus für uns bedeutet und warum wir uns aktiv gegen rechte Mobilisierung einsetzen«. Damit kann unbelehrbaren »Kritiker\*innen« und penetranten Kommentator\*innen immer wieder entgegnet werden, ohne viele Ressourcen zu binden.

Oft entscheidet unsere Reaktion darüber, ob ein versuchter Angriff auch ein erfolgreicher Angriff wird. Vielleicht schaffen wir es sogar, den Angriff in einen Gegenangriff umzuwandeln und die Angreifenden rotzfrech an der Nase herum zu führen. Denn Handlungsfähigkeit bedeutet auch, selbstbewusst aufzutreten und die Deutungshoheit zu bewahren. Ein tolles Beispiel hierfür ist die Aktion »Hass Hilft« (<https://www.hasshilft.de/>), die rechte Hasskommentare im Netz zum Anlass nimmt, um an Initiativen gegen Rechts zu spenden – und sich dafür bei den Urheber\*innen bedankt.

Deshalb: Nur Mut zum Gegenangriff, wenn sichergestellt ist, dass die Rechten ihr Kommunikationsziel nicht erreichen und die Auseinandersetzung auf diese Weise gewonnen werden kann.

Hilfreich für die eigene Handlungsfähigkeit ist auch, sich gut zu vernetzen und gegenseitig Informationen bereit zu stellen. Diese eine Person kommentiert seit neuestem im Netz immer öfter »kritische Fragen«, oder kommt zu Veranstaltungen und hält Monologe aus dem Publikum? Oftmals machen diese Personen das nicht nur bei unserer, sondern auch bei anderen Gruppen und Social Media-Seiten. Wenn wir mit anderen Personen und Initiativen darüber sprechen, können wir zusammen einheitlich und entschlossener reagieren.

### 3. Springt nicht über jedes Stöckchen

Eine verbreitete Strategie neurechter Akteur\*innen in der öffentlichen Kommunikation ist die Methode des Tabubruchs.

Wir erinnern uns, als Beatrix von Storch davon sprach, Geflüchtete an den europäischen Grenzen zu erschießen oder als Donald Trump seinen Phantasien über sexistische Übergriffe freien Lauf gelassen hat. Diese Aussagen sind nicht nur schrecklich und skandalös, sondern haben auch einen tieferen Sinn. Sie wollen absichtlich provozieren und empörte Reaktionen erzeugen. So erlangen Rechte Prominenz und inszenieren sich als Tabubrecher.

Wenn Rechte provozieren und damit »Skandale« erzeugen wollen, kann die beste Strategie sein, ihnen eine große Bühne vorzuenthalten. Auch wenn es sich aus unserer politischen Haltung heraus falsch anfühlt, Provokationen nicht weiter öffentlich zu thematisieren, kann das gerade ein sinnvolles Vorgehen sein. Dass Donald Trump ein Sexist und Beatrix von Storch eine Rassistin ist, ist nämlich keine Neuigkeit, die weiter bekannt gemacht werden muss. Ihre Aussagen sind zwar skandalös, aber letztendlich auch keine Nachricht oder weitere Auseinandersetzung wert. Durch künstlich erzeugte Skandale ziehen Rechte immer wieder Aufmerksamkeit auf sich und stärken damit ihren diskursiven Einfluss.

Rechte ernähren sich von öffentlicher Aufmerksamkeit, auch negative Aufmerksamkeit hilft ihnen weiter.

### 4. Blocken, blocken, blocken!

Das allereinfachste Werkzeug, um sich zumindest online nicht mit rechten Nervensägen auseinandersetzen zu müssen, ist auf allen sozialen Plattformen fest eingebaut: Die Blockier- und Löschfunktion. Leider wird sie viel zu selten verwendet, weil wir oft das Gefühl haben, unhöflich oder undemokratisch zu sein. Dabei hat es überhaupt nichts mit Freundlichkeit und schon gar nichts mit demokratischem Diskurs zu tun, sich Hetze oder Menschenfeindlichkeit auszusetzen. Löschen wir rechte Kommentare und Nachrichten ist das nicht nur gut für uns, sondern wir schützen auch andere Menschen davor. Deshalb: Blocken, blocken, blocken!

Die kleine Schwester vom »Blocken« ist das (temporäre) ausschalten der Kommentarfunktion. Bei Twitter gibt es beispielsweise die Möglichkeit, dass nur eigene Abonnent\*innen oder markierte Personen auf einen Tweet antworten können. Das kann auch eingestellt werden, nachdem der Tweet bereits abgesetzt ist. So kann man einen Shitstorm mit einem einfachen Klick zu einem Sturm im Wasserglas verwandeln.

Auf Facebook gibt es die Funktion Kommentare unsichtbar zu schalten. Der Troll sieht zwar noch die eigenen Kommentare, aber sonst niemand mehr. Er merkt gar nicht, dass ihm die Reichweite entzogen worden ist, und spricht ab da dann eigentlich nur noch mit seinem eigenen Spiegelbild. Auch E-Mailadressen oder Rufnummern lassen sich leicht blockieren.

### 5. Klare Strukturen und Zeit

Durch aggressives Verhalten können Rechte unsere Verbandsstrukturen überfordern. Dem können wir entgegen treten, indem wir diese Strukturen stärken und Verantwortungsbereiche klar definieren. Bei Angriffen über Social Media entsteht oft das Gefühl schnell reagieren zu müssen, weil Social Media als schnelles Medium wahrgenommen wird. So passieren unproduktive Schnellschüsse, oder Kommentarspaltendiskussion, mit denen wir uns noch tiefer in ein Problem reinreiten.

Es ist immer sinnvoll, sich die eigenen Abläufe und Strukturen zur Außenkommunikation bewusst zu machen. Es kann zum Beispiel helfen, ein **Redaktionskollektiv** zu bilden, das Postings oder Pressemitteilungen abspricht. Viele Gruppen haben dafür eine Signal- oder Telegramgruppe in der Social Media Texte und Sharepics vor dem posten abgenommen werden. Eine gute Praxis ist die »24h ohne Veto-Regel«: Gibt es innerhalb von 24 Stunden kein Veto oder Änderungswunsch, können Texte und



Bilder veröffentlicht werden. Wird so ein Ablauf unter normalen Umständen etabliert, kann das unvorhergesehene Stresssituationen deutlich entlasten. Denn: Egal wie schnell das Medium ist – 24 Stunden haben wir immer Zeit.

Auch das **Prinzip der Redaktionssitzungen** kann zu einem strukturierten Ablauf beitragen. Dabei kann zum Beispiel am Wochenanfang die vergangene Woche reflektiert sowie geschaut werden, was für die kommenden Tage ansteht und welche Themen heikel werden können. Das Social Media-Team muss dann nicht dauerhaft verfügbar sein und Feuerwehr spielen, wenn in der Kommentarspalte getrollt wird, sondern kann ganz in Ruhe im regelmäßigen, vertrauten Kreis ein gemeinsames Vorgehen abklären.

Viele Vereine oder Verbände haben neben Social Media-Redakteur\*innen und Pressesprecher\*innen auch die Rolle des Vorstands. Oftmals sind diese Personen nicht in der täglichen Öffentlichkeitsarbeit involviert, müssen aber in Krisenzeiten ihren Kopf hinhalten und zum Beispiel mit der Presse sprechen. Hier kann es hilfreich sein, diese Personen im Redaktionskollektiv einzubinden. Sie müssen dabei nicht jeden einzelnen Post abnehmen, können aber in den groben Ablaufplan involviert sein – das schafft gegenseitiges Vertrauen.

## 6. Verbündete

### Rechte greifen uns an, und wir fühlen uns alleine? Das sind wir aber in der Regel gar nicht!

Genau wie jede Demo größer und stärker wird, wenn sie in einem Bündnis organisiert wird, so ist es auch wenn wir mit einem digitalen Shitstorm konfrontiert sind. In diesem Fall sollten wir überlegen, wer unsere Verbündeten im Netz und in der Welt außerhalb des Netzes sind. Das können ganz klassisch befreundete Gruppen, Verbände und Follower\*innen sein. Aber auch Politiker\*innen, lokale Promis oder Journalist\*innen können uns unterstützen, wenn wir öffentlich angegriffen werden. Proaktiv auf Menschen zugehen und nach Hilfe fragen, führt zu mehr Hilfe als erwartet – vor allem wenn die politische Arbeit bereits etwas bekannter ist. Das kann zum Beispiel durch einen Post gemacht werden, in dem Menschen und Gruppen verlinkt werden und in dem ganz offen berichtet wird: »Wir erleben hier auf unserer Twitter-Seite gerade einen rechten Shitstorm – wir würden uns über unterstützende Kommentare und Support freuen!«

Jeder (rechte) Öffentlichkeits-Angriff verläuft anders. Ein allgemeines Rezept zum Umgang damit lässt sich also leider nicht aufstellen. Für jede Situation braucht es eine eigene Analyse und ein darauf gut abgestimmtes Vorgehen.

Wir hoffen, dass wir mit unseren Überlegungen dazu beitragen konnten, die Anliegen rechter Angriffe besser zu verstehen, selbstsicher und handlungsfähig zu kommunizieren, langfristige Strategien zu entwickeln und sich zu trauen, nach Hilfe zu fragen. Mit einer durchdachten Öffentlichkeitsarbeit schützen wir nicht nur uns und andere vor rechten Angriffen, sondern leisten auch Widerstand gegen rechte Mobilisierung und Raumnahmen.



Anschlag auf das »Sonja-Barthel-Haus« in Lüneburg (2021). Wiederholt wurden Genoss\*innen von Nazis bedroht und der Falken-Laden Ziel von Sachbeschädigungen – so wurde im Oktober 2021 eine Scheibe eingeschmissen und eine »Antihomophobie Aktion«-Fahne entwendet.  
© UB Nordniedersachsen

## RECHTE MACHEN STIMMUNG GEGEN DIE FALKEN – **UND JETZT?**

Felix »Filou« Sauer, Valentin Fuchs

Medienheinis für politische Kommunikation von *wann strahlst du?*

Kommen wir nun zu einem Praxisbeispiel: Eine rechte Partei thematisiert auf Social Media, dass die Falken mit öffentlichen Geldern gefördert werden und macht damit Stimmung gegen den Verband. Wie kann hier sinnvoll reagiert werden?

### 1. Überlegen, warum sie das tun:

Ziel des Posts ist es, die Finanzierung des Verbands öffentlich zu diskreditieren und damit zukünftige Förderungen zu verhindern.

Zunächst richtet sich der Post an AfD-Anhänger\*innen. Mit deren Hilfe soll das Thema skandalisiert werden und ein großes öffentliches Interesse daran vorgespield werden. Tatsächlich sind die eigentlichen Adressat\*innen des Posts jedoch die Förderstellen, die für die Mittelzuwendungen an die Falken verantwortlich sind. Ihnen soll der Eindruck vermittelt werden, diese Förderung sei in der Öffentlichkeit politisch nicht vertretbar.

### Wie kann also verhindert werden, dass dieses Kommunikationsziel erreicht wird?

Dass Rechte die Idee des Sozialismus blöd finden und sich über die Finanzierung der Falken durch öffentliche Gelder echauffieren, können und müssen wir nicht ändern. Es hat also keinen Sinn, auf diesen Post einzugehen – wir werden weder die AfD, noch ihre Anhänger\*innen in den Kommentarspalten von irgendetwas überzeugen.



© AfD-Fraktion Sachsen

**So schürt die  
AfD Sachsen  
antikom-  
munistische  
Hetze gegen  
uns (2022).**



Unsere Gegen-Kommunikation richtet sich deshalb nicht an die AfD, sondern an die Verantwortlichen bei den Förderstellen. Wir können den Angriff abwehren, indem wir sie davon überzeugen, dass es weiterhin richtig ist, die Falken zu finanzieren.

## 2. Nicht über jedes Stöckchen springen

Wichtig ist jetzt einzuschätzen, ob eine Förderung durch diesen einen Post tatsächlich gefährdet ist: Wussten die Mittelgeber\*innen, dass die Falken sich als sozialistisch begreifen, oder ist das für sie eine neue »skandalöse« Information? Geraten sie durch so eine Skandalisierung unter Druck und müssen sich legitimieren?

Unmittelbar ist unsere Jugendverbandsförderung durch derartige politische Attacken überhaupt nicht bedroht. Der Pluralismus der Jugendverbände ist ein demokratisches Grundrecht und seit Jahrzehnten im Sozialgesetzbuch VIII gesetzlich fixiert – damit auch erst einmal nicht vom guten Willen einer Verwaltung abhängig. Möglicherweise sind die Verantwortlichen sogar diese Stimmungsmache durch die AfD gewohnt und ignorieren sie bereits.

Eine direkte öffentliche Reaktion auf den konkreten Post, zum Beispiel durch eine Richtigstellung oder einen Kommentar, würde zu nichts führen. Im Zweifel könnte das die Debatte sogar noch anstacheln oder dem Post zu höherer Reichweite verhelfen. Nach dem Motto »**don't feed the troll**« kann der Post also ganz in Ruhe erstmal ignoriert werden.

## 3. Handlungsfähig bleiben

Eine gute Möglichkeit sich gegen das Kommunikationsziel der AfD zu wehren, wäre eine positive Öffentlichkeit durch eine Gegenerzählung zum Vorwurf zu schaffen. Dazu gibt es verschiedene Wege.

Falls ein guter Kontakt zu den Mittelgeber\*innen besteht, kann ein direkter Austausch über den Angriff sinnvoll sein. Das kann auf der eigenen Seite das Selbstbewusstsein stärken und auf Seiten der Mittelgebenden ein Problembewusstsein über den Angriff schaffen.

Eine breitere Gegenöffentlichkeit kann durch einen Beitrag geschaffen werden in dem erklärt wird, warum die Arbeit der Falken wichtig und förderwürdig ist. Dabei muss gar nicht auf den Post eingegangen werden – Gegenerzählungen können hier ganz beiläufig geschaffen werden: »Ach übrigens, hier sind Fotos von unserer letzten Gruppenhelfer\*innen-Ausbildung!«, oder: »Diese Projekte konnten wir in diesem Jahr dank der Förderung umsetzen«.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung zum rechten Narrativ ist nur dann hilfreich, wenn er die Mittelgeber\*innen oder eine breite Öffentlichkeit erreichen und überzeugen kann.

## 4. Blockieren

Die Social Media-Kanäle der AfD zu blockieren ist nie falsch. In diesem Szenario ist es jedoch viel wichtiger, sich nicht durch den Post aus der Ruhe bringen oder direkt in Panik versetzen zu lassen. Solche Situation verleiten schnell dazu, den ganzen Tag die Reichweite und Kommentare des Posts zu checken. Deshalb ist es am besten darauf zu achten, nicht mehr als einmal am Tag in die Kommentare des Posts schauen – oder einfach gar nicht.

## 5. Klare Strukturen schaffen und Zeit nehmen

Bestehen bereits Konzepte zur Kommunikation auf Social Media und klare Redaktionsstrukturen, kann einiges an Aufregung bereits verhindert werden. Wenn in einer **Social Media-Richtlinie** zum Beispiel der Ansatz festgehalten ist, dass grundsätzlich nicht auf beleidigende oder diskreditierende Inhalte eingegangen wird, muss sich in einer aufgeheizten Situation darüber auch niemand den Kopf zerbrechen. Ist darüber hinaus noch klar, wer in der eigenen Gruppe für kritische Themen in der Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist und eingebunden werden muss, können Kommunikationsprobleme oder Konflikte vermieden werden.

Sich Zeit zu nehmen, schafft darüber hinaus die Möglichkeit, sich über alle Schritte Gedanken zu machen, die oben beschrieben wurden. Hier ist es wichtig, sich immer wieder ins Gedächtnis zu rufen: Ein guter Umgang mit öffentlichen Angriffen scheitert nicht daran, wenn er 5 oder 24 Stunden später kommt als möglich gewesen wäre. Es gibt kein Szenario, in dem die AfD den Post löscht – mit einer Schnellschussreaktion gibt es daher nichts zu gewinnen. Auch für den Umgang mit den Geldgeber\*innen sind 24 Stunden mehr oder weniger nicht entscheidend – im Gegenteil.

## 6. Verbündete

Besteht die Möglichkeit das Gegenteil des Kommunikationsziels der AfD zu erreichen, also die Finanzierung des Verbandes langfristig zu sichern? Vielleicht kann der rechte Öffentlichkeits-Angriff den Bedarf an emanzipatorischer Kinder-/Jugendverbandsarbeit sichtbar machen und Politiker\*innen auf das Problem aufmerksam machen.

So lässt sich die Situation als Gelegenheit wenden, mal wieder mit Parteien oder Bündnispartner\*innen, die den Falken nahe stehen in Kontakt zu treten. Sie können über den Öffentlichkeits-Angriff informiert und gezielt um Unterstützung gebeten werden. Vielleicht fordert die Position der AfD bisher nicht beteiligte politische Akteur\*innen sogar dazu heraus, unseren aktiver als bisher unterstützen.

### Pressekommunikation und rechte Kommunikationsangriffe

Im Falle eines rechten Kommunikationsangriffs gelten für eine gute Pressearbeit dieselben Kriterien wie sonst auch. Wichtig sind vor allem eine klare und zuverlässige Kommunikation sowie eine gute Übersicht darüber, was kommuniziert werden soll.

Eine einfache Herangehensweise an gute Pressearbeit ist sich bewusst zu machen, wie Journalist\*innen arbeiten. Anderen hinterher zu telefonieren oder lange nach Informationen suchen zu müssen macht meistens keinen Spaß und erschwert die Berichterstattung. Kommunizieren wir klar und zuverlässig, macht es das Journalist\*innen leichter über uns zu berichten. Das können wir durch kleine Tricks ganz einfach erreichen:

- Kompakte **PRESSEMELDUNGEN** sind nicht überladen, enthalten aber alle wesentlichen Informationen. Dazu gehören nicht nur Aussagen über konkrete Aktionen oder Forderungen, sondern zum Beispiel auch über die Gliederung oder Einrichtung die sie organisiert. Sie geben eine Antwort auf alle W-Fragen: Wer, Wie, Was, Wann, Warum, Wo, Welche Folgen?


- **ZITATE** in Pressemeldungen sollten kurz und prägnant sein, damit sie gut in einen Preetext eingebunden werden können. Es geht dabei nicht darum, Hintergründe ausführlich zu erklären, sondern klare und leicht nachvollziehbare Aussagen zu treffen.

- Kontakt zu einer **ANSPRECHPERSON** (am besten direkt mit Handynummer), sollten immer angegeben werden. Wichtig ist, dass die Person zuverlässig erreichbar ist und in der Lage ist, direkt auf Rückfragen einzugehen.

- **BILDER** Eine kleine Auswahl guter Bilder, die für die Berichterstattung verwendet werden können, erleichtert die Arbeit der Redaktion und erhöht damit die Wahrscheinlichkeit, dass berichtet wird.

- **TALKINGPOINTS** Vor einem Pressekontakt ist es immer hilfreich, die zentralen »Talkingpoints« für das eigene Anliegen festzulegen: Was will ich sagen? Was sind die zwei wichtigsten Aussagen und Argumente? Wie kann am besten auf bestimmten Nachfragen reagiert werden?

Auch in der Pressearbeit ist es wichtig, sich klar zu machen, was das Ziel rechter Kommunikationsangriffe ist. Relevant ist dabei auch, welche Rolle die Journalist\*innen spielen, mit denen der Kontakt besteht. Schreibt ein\*e Journalist\*in zum Beispiel für ein rechts-populistisches Blatt oder hat in anderen Artikel bereits Sympathien mit der AfD gezeigt, ist es besonders wichtig, sich vorher zu überlegen, ob dieser Pressekontakt überhaupt hilfreich ist und in welchem Zusammenhang er mit den Kommunikationszielen des rechten Angriffs steht.



**Die Voraussetzungen für gute Pressearbeit sind funktionierende Strukturen, klare Zielen und gut verteilte Verantwortlichkeiten!**

## WIE REAGIEREN WIR ALS VORSTAND AUF KLEINE ANFRAGEN DER AFD?

Steffen Göths Bundesvorstand, LV Brandenburg

Im Zuge des rechtsterroristischen »Neukölln-Komplexes« kam es mehrere Jahre lang zu Sachbeschädigungen und Bedrohungen gegen Genoss\*innen. 2011 gab es gleich 2 Brandanschläge auf das Falkenhaus.



© tok fpt

Lest bitte sofort eure Mails!

Diese Nachricht in der gemeinsamen Chatgruppe des Vorstandes alarmierte Lotte ein wenig – vor allem, weil ihr Büroteam nur noch selten dringende E-Mails schrieb. Sie setzte sich an ihren Laptop und war sofort hellwach, als sie den Betreff las: »Fwd: Antrag der AfD-Fraktion zu linksextremistischen Jugendorganisationen«. Sie wusste bereits aus anderen Gliederungen, dass die AfD seit längerem in allen möglichen Parlamenten versuchte, über kleine Anfragen Druck auf die Falken und ihre Partner\*innen aufzubauen – aber ein eigener Antrag gegen die eigene Gliederung war dann doch ein kleiner Schock. Sie überflog den Text des Antrags: Die AfD formulierte den Vorwurf, bei den Falken würde es sich um eine »linksextreme Kaderschmiede« handeln, die mit staatlichen Mitteln gegen die Demokratie hetze und junge Menschen zu Gewalt gegen demokratische Parteien aufwiegele (damit meinte sich die AfD natürlich selbst). Zudem würden wir das Neutralitätsgebot verletzen und Kinder gezielt indoktrinieren – wie seien eigentlich Stalinisten. Das kannte sie alles schon. Richtig übel wurde es schließlich beim eigentlichen Antragsziel:

Der Landtag möge beschließen, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken mit sofortiger Wirkung die Förderung aus Landesmitteln zu entziehen. Darüber hinaus wird die Landesregierung eine Rückzahlung bisher gezahlter Mittel prüfen.

Lotte musste das erst einmal sacken lassen. Eine Streichung der gesamten Förderung wäre eine Katastrophe für den Verband. Wenn der Antrag Erfolg hätte, würde sie die Hauptamtlichen im Büro nicht mehr finanzieren können und auch alle Verbandsaktivitäten, die über eine Gruppenstunde unter freiem Himmel hinausgingen, würden wegfallen. Plötzlich klingelte ihr Handy; Pat, die Landessekretärin, war dran.

Hast du's schon gelesen?

Ja, krass.

Wir müssen dringend was machen, also am besten gestern. Kannst du kurz rumkommen? Ich versuche in der Zwischenzeit den Rest vom Vorstand für heute Abend zu einer Sitzung zusammenzubekommen.

Ja, passt schon. Bin in 20 Minuten bei euch.

Sie holte ihr Rad aus dem Keller und während sie zum Landesbüro fuhr, sammelte sie im Kopf bereits alle möglichen Leute, mit denen sie dringend reden sollten. Als sie im Büro ankam, hingen Pat und Julius noch am Telefon. Sie ließ sich aufs Sofa fallen und wartete, bis auch Julius den Hörer weglegte.

Hey Lotte, schön, dass du da bist. Ich hab' gerade mit dem Bundesbüro telefoniert. Sie haben uns geraten, auf jeden Fall erstmal einen ruhigen Kopf zu behalten und nicht direkt über den AfD-Angriff zu twittern. Aber wir sollten schnellstmöglich Kontakt zu unseren Bündnispartner\*innen hier im Land suchen und alle Verbündeten aktivieren, die wir haben – also nicht nur der LJR, sondern gerade auch die Landtagsfraktionen.

Hey, ja, daran habe ich auch schon gedacht. Soll ich direkt bei Micha anrufen, der arbeitet doch für die SPD-Fraktion, oder?

Gute Idee, aber lass uns erstmal kurz sammeln, wer uns alles einfällt. Dann machen wir eine genaue Liste, was wir von den Leuten eigentlich wollen und wie wir weiter vorgehen.

Die Liste war schnell geschrieben. Als erstes sollte der Landesjugendring informiert werden und parallel dazu sollten die anderen Arbeiter\*innenjugendverbände direkt angesprochen werden, vor allem die DGB-Jugend und die Naturfreundejugend, weil beide Organisationen aktiv im landesweiten, antifaschistischen Jugendbündnis sind. Der LJR hat einen guten Draht zu den jugendpolitischen Sprecher\*innen der Landtagsfraktionen – das ist vor allem mit Blick auf jene Parteien wichtig, die den Falken traditionell eher nicht so nahestehen. Anschließend stand ein Gespräch mit Micha auf der Liste, er war Mitarbeiter in einem Abgeordnetenbüro und selbst seit langer Zeit bei den Falken aktiv.

Ja, natürlich hab' ich davon schon gehört. Der Antrag hat eigentlich keine Chance, wenn ich ehrlich bin. Dem stimmen am Ende nicht mal die Leute aus der CDU zu.

Bist du sicher? Immerhin hat deren innenpolitischer Sprecher mehr als einmal behauptet, dass es dringend mehr Aktivitäten gegen angebliche Linksextremisten braucht.

Der quatscht viel, wenn der Tag lang ist. Aber ist schon gut, wenn ihr auch der Fraktion einen Brief schreibt und nochmal klar macht, warum die Vielfalt der Jugendverbände so wichtig ist. Den Text kann euch wahrscheinlich das Bundesbüro auswendig aufsagen.



Okay, dann machen wir das.  
Sonst noch'n Tipp?

Ich telefoniere gleich ein paar Altfalken ab, die ich noch von früher kenne. Wir sollten mal ein Treffen organisieren, damit ihr Euch alle kennenlernt – die haben früher ganz schön was gewuppt und in den 80ern und 90ern selber viel Stress mit den Rechten gehabt, daher ist ein Erfahrungsaustausch vielleicht ganz hilfreich für euch. Wie ich das sehe, kann euch die ganze Nummer am Ende sogar noch helfen, weil sich das gut öffentlich nutzen lässt, um ... Ja, überlegt doch mal, ob ihr nicht für den Tag der Debatte vor dem Landtag eine Kundgebung anmelden wollt. Da erwischt ihr ziemlich sicher noch den einen oder die andere Abgeordnete vor dem Reingehen und könnt euren Punkt nochmal klar machen – und die Öffentlichkeit schadet auch nicht.

Lotte dachte nach: Die Idee mit der Kundgebung fand sie gut und auch viel passender als sich zu Kaffee und Kuchen mit den Leuten zu treffen, das lag ihr einfach deutlich weniger. Am Abend der kurzfristig einberufenen Vorstandssitzung wurde zusammengetragen, was bis dahin passiert war: Pat hatte den unter anderem mit dem LJR gesprochen, der sich direkt im Namen des Verbandes bei den Fraktionen gemeldet und deutlich gemacht hatte, dass es sich hier um einen Angriff auf alle Kinder- und Jugendverbände als solche handelte. Zwischenzeitlich hatte sich der für Jugend zuständige Abgeordnete der SPD-Fraktion im Büro gemeldet und angeboten, dass man sich vor der Debatte im Plenum treffen könnte – er wolle seine Rede gegen den Antrag inhaltlich mit den Falken absprechen. Die Idee, eine Kundgebung anzumelden, wurde weiter diskutiert und schließlich auch als gutes Mittel gesehen, um andere Jugendverbände einzuladen und gemeinsam wirklich Aufsehen zu erregen, anstatt sich alleine vor dem Gebäude die Beine in den Bauch zu stehen.

In den Tagen danach meldeten sich auch Abgeordnete der Grünen und der Linken, um sich solidarisch zu erklären und zu versichern, dass der Antrag auf jeden Fall abgelehnt würde. Auf Initiative des LJR gab es auch ein kurzes Treffen zwischen Pat, Lotte und der jugendpolitischen Sprecherin der CDU. Man war sich zwar einig, sich politisch nicht nahe zu stehen, aber es gab es immerhin die Versicherung, dass die Fraktion hier geschlossen an der Seite der Kinder- und Jugendverbände stehen würde.

## Der Tag der Entscheidung

Als schließlich der Tag der Antragsdebatte kam, fanden sich bei der Kundgebung vor dem Landtag etwa 50 Menschen zusammen – das war für einen normalen Arbeitstag und die kurzfristige Mobilisierung schon beachtlich, weil viele wegen Schule oder Job keine Zeit hatten. Erfreulicherweise hatte das eigens für die Kundgebung und die Antragsdebatte entworfene Share-Pic vor allem bei Instagram schnell Verbreitung gefunden – auch die anderen Verbände konnten durch gezielte Mobilisierung Unterstützer\*innen organisieren. Die Presse war zuvor über den Presseverteiler eingeladen worden und Lotte musste gleich mehrmals erklären, wer die Falken seien und was der Inhalt der pädagogischen Arbeit eines sozialistischen Verbands eigentlich sei. In diesem Punkt hatte Micha also recht gehabt, sein direkter Kontakt zu einer Lokaljournalistin stellte sich dabei als hilfreich heraus. Die Debatte dauerte dann eine ganze Weile, da alle Fraktionen zum Tagespunkt sprachen. Am Ende stimmten tatsächlich alle Abgeordneten außer der AfD selbst gegen den Antrag – eine schallende Ohrfeige für die AfD.

Nachdem die Kundgebung beendet und alle Materialien wieder im Lager waren, saßen Lotte und die anderen abends noch eine Weile zusammen. Sie waren froh, dass es so klar ausgegangen war – gleichzeitig wussten sie, dass das bestimmt nicht der letzte Angriff der AfD war und rechte Bedrohungen noch lange nicht vorbei sind. Als Jugendverband mit vielen starken Verbündeten waren sie noch einigermaßen wehrhaft, aber die Mehrheitsverhältnisse im Parlament könnten sich auch verändern, das war in anderen Bundesländern schon absehbar. Deshalb war es wichtig, nicht nur die Augen offen zu halten, ob andere Projekte und Verbände ähnlich bedroht wurden, sondern auch im engen Austausch mit den Partner\*innen zu bleiben. Für die eigene Handlungsfähigkeit ist es wichtig, dass wir uns auf die Solidarität der anderen verlassen können und selbst unterstützen, wo wir nur können.

# LITERATUR- VERZEICHNIS



Adorno, Theodor W. (1971): **»Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«**, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Helmut Becker 1959–1969, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 88 – 104.

Alternative für Deutschland (AfD) (2022): **Sozialisten erhalten 400.465 € für Multiplikator\*innen**. Veröffentlicht am 20.04.2022 unter: <https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5035083339894477/?type=3&theater>

Ayyadi, Kira (2017): **Extremismusklausel in Hessen. Demokratie-Initiativen unter Generalverdacht**. Veröffentlicht am 08.12.2017 unter: <https://www.belltower.news/extremismusklausel-in-hessen-demokratie-initiativen-unter-generalverdacht-46260/>

Balibar, Étienne (1992): **Gibt es einen »Neo-Rassismus?«**. In: Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument-Verlag, S. 23 – 38.

Bildungsstätte Anne Frank (2022a): **Nach wie vor extrem Unbrauchbar: Extremismus-Theorie. Wieder in Mode: Das Hufeisen-Modell**. Veröffentlicht am 22.02.2022 unter: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/hufeisen>

Bildungsstätte Anne Frank (2022b): **»Der Große Austausch« – Verschwörungserzählungen und Rassismus**. Veröffentlicht am 16.06.2022 unter: <https://www.bs-anne-frank.de/mediathek/blog/der-grosse-austausch-verschwörungserzählungen-und-rassismus>

CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft (o.J.): **Übersicht der Recherchen zum AfD-Spendenskandal**. Online verfügbar unter: <https://correctiv.org/themen/afd-spendenskandal/>

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2022): **Vor 50 Jahren: »Radikalenerlass«**. Veröffentlicht am 26.01.2022 unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/346271/vor-50-jahren-radikalenerlass/>

Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2018): **Politische Bildung stärken und schützen. Position der DBJR-Vollversammlung vom 26./27.10.2018: »Werkstätten der Demokratie – politische Bildung von Jugendverbänden und Jugendringen stärken und schützen«**. Veröffentlicht am 27.10.2018 unter: <https://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen>

Cremer, Henrik (2018): **Das Neutralitätsgebot in der Bildung: Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?** Online abrufbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung>

Cremer, Hendrik (2019): **Analyse: Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?** Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. Online abrufbar unter: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse\\_Studie/Analyse\\_Das\\_Neutralitaetsgebot\\_in\\_der\\_Bildung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf)

Csaszóczy, Michael (2021): **Im Räderwerk. Die gesetzlichen Grundlagen des Radikalenerlasses**. In: Die Rote Hilfe Zeitung (4-2021), S. 12 – 14.

Hafeneger, Benno (2009): **»Der Blick auf die Schule greift zu kurz«**. In: Erwägen – Wissen – Ethik (EWE) (2), S. 268 – 270.

Hufen, Friedhelm (2021): **»Das Neutralitätsgebot – Ein rechtlicher Maulkorb für die politische Bildung?«** In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit (01-2021): Online abrufbar unter: [https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user\\_upload/FORUM\\_2021/Hufen\\_FORUM\\_1-2021.pdf](https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user_upload/FORUM_2021/Hufen_FORUM_1-2021.pdf)

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) (2018): **Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD**. Veröffentlicht am 12.10.2018 unter: <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-AfD/>

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (2017): **Neorassismus: Neue Rechte und Alte Ideen**. Online abrufbar unter: <https://www.idz-jena.de/im-dialog/weitere-publikationen/der-grosse-austausch>

Jouhy, Ernest (1972): **Zum Begriff der emanzipatorischen Erziehung**. In: Gesellschaft, Staat, Erziehung. Blätter für politische Bildung und Erziehung (17. Jg.), Heft 3, S. 149 – 149.

Krahl, Hans-Jürgen (1976): **Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution**. Frankfurt am Main: Neue Kritik.

Landa, Ishay (2021): **Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus**. 2. Auflage. Dietz Verlag.

Legal Tribune Online (2020): **VG Schwerin zu Lehrer-Meldeportal. »Neutrale Schule« der AfD bleibt verboten**. Veröffentlicht am 01.12.2020 unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-schwerin-1a1598-19sn-meldeportal-neutrale-schule-AfD-verbot-datenschutz/>

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): **Das Manifest der Kommunistischen Partei**. London: Office der »Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter«.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (2017): **Marx-Engels Werke Band 1**. 17., unveränderte Auflage der 16., überarbeiteten Auflage von 2006. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Niendorf, Mareike/Reitz, Sandra (2019): **Schweigen ist nicht neutral. Menschenrechtliche Anforderungen an Neutralität und Kontroversität in der Schule**. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Nonnenmacher, Frank (2011): **Handlungsorientierung und politische Aktion in der schulischen politischen Bildung. Ursprünge, Grenzen und Herausforderungen**. In: Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag, S. 83 – 99.

Ortmeyer, Benjamin (2013): **100 Jahre Ernest Jouhy. Dialektische Vernunft als zweifelnde Ermutung. Zum Werk von Ernest Jouhy**. Frankfurt am Main: Protagoras Academicus.

Overwien, Bernd (2019): **Politische Bildung ist nicht neutral**. In: Shrinking Space. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (1/2019), S. 26 – 38.

Pühringer, Stephan /Beyer, Karl. M / Kronberger, Dominik (2021): **Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD.** Otto Brenner Stiftung-Arbeitspapier 52. Online verfügbar unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/titel/soziale-rhetorik-neoliberale-praxis/aktion/show/>

Quent, Matthias (2016): **Bürgerwehren. Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?** Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung.

Salzborn, Samuel (2016): **Von der Ideologie der Ungleichheit zum praktizierten Rechtsterrorismus. Zur Systematik und Genese des militanzaffinen Rechtsextremismus in Deutschland.** In: Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz. Wallstein: Göttingen, S. 187–204.

Schedler, Jan (2019): **Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung.** In: Institut für Zivilgesellschaft und Demokratie (Hrsg.): Schwerpunkt: Rechtsterrorismus, Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie (06-2019), S. 104–117.

Sander, Wolfgang (2009): **Replik – Wissen, Bildung und die Konstruktion von Wirklichkeit.** In: Erwägen – Wissen – Ethik (EWE) (2), S. 325–334.

Schiele, Siegfried (2006): Besprechung von: Klaus Ahlheim/ Bardo Heger, **Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung.** In: Außerschulische Bildung (2), S. 262.

Siebert, Horst (2009): **Lernen im Erwachsenenalter konstruktivistisch beobachtet.** In: Erwägen – Wissen – Ethik (EWE) (2), S. 320–322.

Siegfried, Detlef (2003): **»Trau keinem über 30«? Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen sechziger Jahre.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zu Das Parlament (B 45/2003). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27291/deutsche-zeitgeschichte-60er-und-70er-jahre/>

Slobodian, Quinn (2018): **Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism.** Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Sturm, Michael (2019): **»Neutralität« als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus.** In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (1/2019), S.37–40. Online verfügbar unter: [https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_sturm\\_200422.pdf](https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_sturm_200422.pdf)

Sutor, Bernhard (2002): **Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zu Das Parlament (B 45/2002). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland/>

Wehling, Hans-Georg (1977): **Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch.** In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 173–184.

Wippermann, Wolfgang (2010): **Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende.** In: Rosa-Luxemburg-Stiftung: Standpunkte (10/2010). Online verfügbar unter: [https://www.rosalux.min/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_10-2010.pdf](https://www.rosalux.min/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf)

Alle URL wurden am 15.10.2022 geprüft.

# THEMA NÄCHSTE AUSGABE

## Friedenspädagogik

HEFT 49

### HERAUSGEBERIN

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken,  
Bundesvorstand

### REDAKTION

Karl Müller-Bahlke, Matti-Léon Klieme

### TEXTE

Valentin Fuchs, Christoph Hövel, Matti-Léon Klieme,  
Karl Müller-Bahlke, Christine Reich, Felix »Filou« Sauer,  
Valentin Fuchs, Steffen Göths

*Wir danken an dieser Stelle dem Redaktionsteam  
und den Autor\*innen der Ausgabe.*

### ABBILDUNGEN

Titelbild: Magda Müssig

Alle weiteren Bildnachweise sind in der Zeitschrift  
direkt bei den Abbildungen vermerkt.

### GESTALTUNG

Gerd Beck Nürnberg

### REDAKTIONSANSCHRIFT

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken,  
Bundesvorstand, Luise & Karl Kautsky-Haus  
Saarstraße 14, 12161 Berlin · Fon: 030/26 10 30-0  
E-Mail: [info@sjd-die-falken.de](mailto:info@sjd-die-falken.de)  
[www.sjd-die-falken.de](http://www.sjd-die-falken.de)

 Sozialistische Jugend Deutschlands –  
Die Falken

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# PROPAGANDA GEGEN JUGENDVERBÄNDE

HEFT 48

**24 Stunden sind kein Tag · Bereits erschienene Hefte:**

- Sex ist mehr als ...  
*Sexualpädagogik im Zeltlager und in der HelferInnenausbildung* HEFT 12
- Beteiligung ist das Salz in der Suppe  
*... Kochen mit Kindern im Zeltlager* HEFT 13
- Die Enkel fechten's besser aus!  
*Geschichtsprojekte mit Kindern im Zeltlager* HEFT 14
- Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!  
*Partizipation und Mitbestimmung im Falkenzeltlager* HEFT 15
- Zusammen wachsen  
*Erlebnispädagogik in der Falkengruppe* HEFT 16
- Bloß nichts vergessen!  
*Organisation und Finanzierung von Falkenzeltlagern* HEFT 17
- Go Creative  
*Kreatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen* HEFT 18
- Die Vielfalt entdecken  
*Geschlechterrollen und sexuelle Identität im Zeltlager* HEFT 19
- Selber singen macht laut! *Lieder im Zeltlager* HEFT 20
- Tippen, filmen, senden *(Neue) Medien im Zeltlager* HEFT 21
- Vielfalt organisieren *Gleichberechtigt miteinander!* HEFT 22
- Umweltdetektive *Auf heißer Spur!* HEFT 23
- DAS CAMP! *Die Gruppe macht's!* HEFT 24
- Prävention sexualisierter Gewalt  
*Interventions- und Präventionskonzepte* HEFT 25
- Freundschaft ist international HEFT 26
- Bildung statt Strafe *Regeln im Zeltlager* HEFT 27
- ROTEFALKENARBEIT  
*Chancen + Probleme der päd. Arbeit mit jungen Jugendlichen* HEFT 28
- Von der Offenen Tür zur Gruppenstunde HEFT 29
- Bewegung braucht Struktur  
*Sinn und Herausforderungen unserer Verbandsstruktur* HEFT 30
- Sozialistische Erziehung  
*»Es gibt keine andere als politische Pädagogik ...«* HEFT 31
- Gedenkstätten-Pädagogik  
*Wie wollen wir gedenken?* HEFT 32
- Geschlechterreflektierte Pädagogik HEFT 33
- Demokratie und Selbstorganisation HEFT 34
- Sexualisierte Gewalt *Intervention und Prävention* HEFT 35
- Antirassistische Pädagogik HEFT 36
- TRAINING SPACE *Weiterbildung für Helfer\*innen im Zeltlager* HEFT 37
- SEXUALPÄDAGOGIK HEFT 38
- GRUPPENARBEIT *reloaded* HEFT 39
- SOZIALISTISCHE JUGENDPOLITIK HEFT 40
- STRUKTURELLE PRÄVENTION SEXUALISierter GEWALT HEFT 41
- GEGEN RECHTEN TERROR *Reader 1* HEFT 42
- MEDIENPÄDAGOGIK HEFT 43
- GEGEN RECHTEN TERROR *Reader 2* HEFT 44
- INTERNATIONALE BEGEGNUNGEN HEFT 45
- KLASSENPÄDAGOGIK HEFT 46
- ORGANISIERUNG HEFT 47

Download unter:

<https://www.wir-falken.de/de/24h-sind-kein-tag>

# 24 Stunden sind kein Tag



Sozialistische Jugend  
Deutschlands –  
**Die Falken**